

Sozialdemokrat

Österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Tschechoslowakischen Republik.



Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbringung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (1900).

2. Jahrgang.

Mittwoch, 22. November 1922.

Nr. 274.

Ende der deutschen Koalition.

Der Streitgegenstand, der durch Jahre hindurch die Mehrheits- und die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands auseinanderhielt und ihre Vereinigung mehr denn je andere Prinzipiengegensatz verhinderte, ist, freilich nach der organisatorischen Verschmelzung der beiden proletarischen Parteien, aus der Welt geschafft: die Sozialdemokraten Deutschlands haben ihre Koalition mit bürgerlichen Parteien gelöst und es abgelehnt, an einer Regierung teilzunehmen, in welcher, sei es offen, sei es verhüllt, die deutsche Volkspartei als vierter Teilnehmer neben Demokraten und Zentrum sitzt. Die sogenannte „große Koalition“, um welche im Vorjahre auf dem Görliker Parteitag ein heißer Kampf getobt hatte, die aber schließlich nicht grundtätlich abgelehnt worden war, scheint also heute unter reichsdeutschen Parteigenossen ein Ding der Unmöglichkeit zu sein; und in dem Dilemma, als Regierungspartei so weit als möglich für die Arbeiterklasse wirken zu können oder neben der deutschen Volkspartei die Verantwortung für den künftigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Kurs mitzutragen, ziehen sie es vor, vom Plage der Opposition aus die weitere Entwicklung der Dinge zu beeinflussen.

Diese veränderte Stellungnahme einfach damit erklären zu wollen, daß in der Vereinigten Partei der dem Görliker Beschlüsse gegenüber die Flügel der einstigen Mehrheitsler durch den Zug der Unabhängigen das Uebergewicht erlangt habe, geht schon darum nicht an, weil die Teilnahme an der von Cuno geplanten großen Koalition in allen Parteinstanzen mit gewaltiger Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist; die ehemaligen Unabhängigen können also nicht das Ringeln an der Waage gewesen sein, wenn auch mancher starke Impuls von ihnen ausgegangen sein mag. Es ist vielmehr die veränderte geistige Struktur der bürgerlichen Lager, die in letzter Linie den Beschluß ausgelöst hat, die Regierungsgemeinschaft mit Zentrum und Demokraten zu kündigen.

Als Dr. Wirth die Führung des Reiches übernahm, hatte gerade das Londoner Ultimatum Deutschland vor die Frage des Seins oder Nichtseins gestellt, französische Divisionen rückten gegen das Ruhrgebiet vor und drohten, es zu besetzen, wenn sich nicht die deutsche Regierung dem wahnwitzigen Zahlungsbüßnis von fast anderthalbhundert Milliarden Goldmark füge. Rechts- und Linkssozialisten glaubten die Gelegenheit gekommen, ihre blutig-radikalen Revanche- und Umsturzpläne in die Tat umzusetzen und in den Flammen des drohenden ungeheuerlichen Wirtwarrs ihre Waffen zu schmieden — in äußerster Gefahr galt es da, die Einheit Deutschlands zu retten. Dem Alarmruf beider proletarischer Parteien folgten das Zentrum und die Demokraten, und, von Wirth geführt, sammelten sich die Scharen unter dem Lösungswort der „Erfüllungspolitik“. Die wohlwollende Neutralität der Unabhängigen verschaffte der „kleinen Koalition“ die parlamentarische Mehrheit. Solange der Erfolg der nach dem Londoner Ultimatum unternommenen Rettungsaktion noch zweifelhaft war und jede mit geradezu gesetzemäßiger Regelmäßigkeit wiederkehrende Reparationsliste den Bestand des Reiches in den Grundfesten erschütterte, war die alte sozialdemokratische Mehrheitspartei — dies der Beweggrund des Görliker Beschlusses — grundtätlich damit einverstanden, die Koalition, sei es nach links zu den Unabhängigen, sei es nach rechts zur Volkspartei, zu erweitern, und die mit ihr verbündeten bürgerlichen Parteien fügten sich ihrer Entscheidung.

Das begann sich von dem Augenblick ab zu ändern, wo die unmittelbare Bedrohung des Reichsbestandes aufgehört zu haben schien. Der im tiefsten Wesen des Bürgertums verankerte konservative Sinn wandte sich neuen Zielen zu, im Rahmen des geretteten Staates die bürgerlichen Machtpositionen zu retten, erschien ihm als die nächste, die lochendste Aufgabe. Das starke Uebergewicht, welches die

Die bayerischen Faschisten.

Die Nationalsozialisten arbeiten auf eine militärisch organisierte Nationaldiktatur hin. — Die bayerische Regierung verlagert offensichtlich. — Schärffte Kampfanlage der Sozialdemokraten.

München, 21. November. Im bayerischen Landtag kam heute eine Interpellation der Sozialdemokraten wegen der nationalsozialistischen Ausschreitungen zur Sprache. Der bayerische Innenminister Dr. Schwegler, der der bayerischen Volkspartei angehört, führte aus, daß die nationalsozialistische Bewegung in Bayern, die auf Errichtung einer militärisch organisierten Nationaldiktatur abziele, seit dem Erfolge Mussolinis in Italien starken Zulauf bekommen habe. Die Ursache hierfür sei in dem Gewaltfriedensvertrage zu erblicken, der das deutsche Volk bedrücke. Die bayerische Regierung könne gegen die nationalen Bestrebungen der bayerischen Faschisten nicht mit Gewalt vorgehen, sie werde aber jede Störung der öffentlichen Sicherheit von rechts oder links zu verhindern wissen. Der frühere sozialdemokratische Polizeiminister Erhard Auer, in dessen Privatzimmer die Münchner Polizei eine Handdurchsuchung halten ließ, beschwerte sich im Landtage darüber, daß die Polizeigewalt der bayerischen Regierung gegenüber den Faschisten

vollkommen versage. Unter den Augen der Öffentlichkeit erfolge die Abgabe von Waffen an die nationalsozialistische Sturmarmee, deren Mitglieder selbstgegründete Uniformen und österreichische Militärmützen tragen. Eine Warnung des Münchner Stadtrates vor den faschistischen Exzessen dürste auf polizeiliche Weisung hin nicht plattiert werden. Ebenso wurde den Demokraten in Nürnberg ein Plakat gegen die bayerischen Faschisten anzuschlagen untersagt. Die Verbindung zwischen den bayerischen Faschisten und den sogenannten vaterländischen Verbänden sei offiziell hergestellt und bilde die Grundlage der herrschenden Macht in Bayern. Die bayerischen Nationalsozialisten haben heute bereits gegen die Behörden die Polizeigewalt ausgenutzt, ohne daß die Regierung bis jetzt eingeschritten sei. Die sozialdemokratische Partei in Bayern könne der Regierung Anklage weber ein beschränktes noch ein befristetes Vertrauensvotum aussprechen, sondern müsse die schärfste Kampfstellung innerhalb und außerhalb des Parlamentes einnehmen.

Das deutsche Uebergangskabinett.

Vier Mitglieder der Volkspartei.

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Das neue Kabinett Cuno ist zwar noch nicht vollständig zusammengestellt, aber sein Charakter ist dadurch gekennzeichnet, daß es vorwiegend vier Mitglieder der Volkspartei enthalten wird. Auch die industriellen Kreise werden durch einige ihrer Organisationen nahestehende Persönlichkeiten vertreten sein. Die Ministerliste dürfte noch heute zusammengestellt werden. Neben Cuno werden genannt, Vizekanzler und Justiz Heinz, Außerer Schamer, Wirtschaft Seerich, der Direktor der deutschen Werke, Innerer Nordoff, Arbeitsminister Braun, Verkehr Gröner, Wiederaufbau Raumer, Ernährung Müller, der Präsident der rheinischen Bauernkammer, Reichswehr Gehler. Das neue Kabinett soll sich bereits Donnerstag dem Reichstag vorstellen, doch

dürfte es davon Abstand nehmen müssen, sich ein Vertrauensvotum ausstellen zu lassen. Die Komunisten beabsichtigen, ein Misstrauensvotum zu beantragen, allerdings nicht, um das Kabinett Cuno zu Fall zu bringen, sondern um den Sozialdemokraten Schwierigkeiten zu machen. Was in der bürgerlichen Presse über die Haltung der Sozialdemokraten berichtet wird, beruht auf Mutmaßungen. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich Donnerstag in einer Sitzung mit der augenblicklichen Lage befassen und dann entscheidende Beschlüsse fassen. Im allgemeinen wird die neue Regierung ziemlich zurückhaltend beurteilt, man hält sie für ein Uebergangskabinett und hat das Gefühl, daß schließlich nur Neuwahlen eine Klärung der Situation herbeiführen können.

Arbeiterpartei durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen in der Regierung zu erhalten drohte, begann dem Bourgeoisegoismus von Zentrum und Demokraten von Tag zu Tag unerträglich zu werden, ihr Klasseninteresse drängte sie dazu, den Machtzuwachs der Regierungslinien durch die Einbeziehung der deutschen Volkspartei auszugleichen oder, besser gesagt, zu übertrumpfen. So entstand ohne Rücksicht auf die augenblicklichen Bedürfnisse des Staates, den die neuen und entscheidungsvollen Reparationsverhandlungen möglichst einig und geschlossen antreffen sollten, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Sie verfolgte vom ersten Augenblick ihrer Entstehung das klar umschriebene Ziel, die Lasten der Wiedergutmachung, also die Kosten eines verhängnisvollen Abenteuer, das zugunsten des industriellen und agrarischen Kapitalismus unternommen worden war, von eben diesem Kapitalismus auf die Schultern der Arbeiterschaft zu überwälzen, der Kampf gegen eine einschneidende Kapitalabgabe, gegen die Getreideumlage und den Achtstundentag stehen auf ihrem Banner. Eben Klang noch die provokant scharfmacherische Rede, welche Stinnes gegen die Stabilisierung der Mark und für den Zehnstundentag gehalten hatte, in aller Ohren, als Zentrum und Demokraten an die Sozialdemokraten mit der Forderung herantraten, die deutsche Volkspartei deselben Sinnes in die Koalition aufzunehmen. Das Parteibündnis, das ins Leben getreten war, um den Staat, um die

Gemeinschaftsform des deutschen Volkes zu retten, sollte sich, so gebot es das Klasseninteresse der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, erweitern, um die kapitalistischen Profile zu retten. Und dieses Bedürfnis auch der „demokratischen“ Bourgeoisie war so stark, daß sie darüber unnötiger, also mutwilligerweise eine Regierungskrise heraufbeschwor, den Glauben an die Einheit, Kraft und den rechtlichen Willen Deutschlands im Ausland erschütterte und sich nunmehr mit einem Kabinett Cuno abfinden muß, das, von niemandem entschieden gestützt, auch nur des bescheidensten Ansehens entbehren wird, um Deutschland in den bevorstehenden schicksalshweren Verhandlungen mit der Entente wirkungsvoll vertreten zu können.

Nach der Melodie zu tanzen, welche die Reiter des Kapitalismus zu spielen für gut befinden, wird niemand von der deutschen Sozialdemokratie verlangen können, und am wenigsten würde es die Arbeiterschaft begreifen, wenn ihre Führer bei solchem Rettungswerk weiter mittäten. Man kann über die Frage, ob sich überhaupt klassenbewußte Proletarier mit bürgerlichen Parteien zur Führung der Staatsgeschäfte verbinden dürfen, grundtätlich verschieden denken. Aber wie immer man sich prinzipiell zu ihr stellen mag, so wird man jedenfalls als Leitgedanke aller Koalitionspolitik aufstellen dürfen, daß sie einen fruchtbareren Ausgleich zwischen den Interessen der Verbündeten herstellen muß. Für Vorspanndienste war und ist die Sozialdemokratie nirgends zu haben, und doch bringt die rückläufige Entwick-

Der Streit im nordwestböhmisches Kohlenrevier.

Seit ungefähr einem Jahre ist das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern im Kohlenbergbau ständigen Erschütterungen ausgesetzt, die die Aufmerksamkeit der politischen Öffentlichkeit des ganzen Staates beanspruchen. Die Ursachen dieser sozialen Kämpfe liegen in der Weltwirtschaftskrise im allgemeinen und in der tschechoslowakischen Wirtschaftskrise im besonderen, wie denn überhaupt im Kohlenbergbau der Tschechoslowakei deren allgemeine wirtschaftliche Entwicklung besonders klar zum Ausdruck gelangt. Nach Beendigung des Krieges war die katastrophale Kohlennot die Ursache einer glänzenden Konjunktur im Kohlenbergbau, tausende neuer Arbeiter mußten eingestellt werden, die Unternehmer machten fette Profite. Den drei Gewerkschaften der Bergarbeiter gelang es, die gesamte Bergarbeiterchaft organisatorisch zu erfassen und so konnten sich die Bergarbeiter von 1918 bis 1920 eine Reihe von Lohnverbesserungen erkämpfen, die ihren Gehältern der furchtbaren Teuerung einigermaßen anpaßten. War doch der Reallohn des Bergarbeiters im Krieg so gesunken, daß man es jetzt nicht begreifen kann, wie die Bergarbeiter und ihre Familien während des vierjährigen Krieges nicht einfach verhungert sind. Nimmt man den Reallohn des Bergarbeiters im Jahre 1901 als Grundlage an (100 Prozent), so betrug dieser bei Ausbruch des Krieges nur noch 72 Prozent, also drei Viertel, um dann ständig zu sinken. 1915 betrug der Reallohn 50 Prozent, das heißt, der Bergarbeiter verdiente nur noch die Hälfte dessen, was er im Jahre 1901 eingenommen hatte, 1916 konnte er nur noch ein Drittel seines Reallohnes von 1901 verdienen, nämlich 33 Prozent, 1917 gar weniger als ein Drittel, nämlich 30 Prozent, 1918 35 Prozent. Durch die zahlreichen Lohnbewegungen gelang es dann den Bergarbeitern, 1919 ihren Reallohn auf 44 Prozent, 1920 auf 72 Prozent, 1921 auf 90 Prozent zu steigern. Aber noch immer verdiente der Bergarbeiter (vor dem jetzigen Lohnabbau) nicht so viel wie 1901.

Die kritische Lage der Kohlenproduktion hat ihre vorwiegende Ursache darin, daß die Tschechoslowakei mehr Kohle produziert als sie braucht. Sie hat etwa 82 Prozent der Kohlenproduktion des alten Oesterreich übernommen und verbraucht, wenn die Industrie voll beschäftigt ist, etwa 26 Millionen Tonnen. Die Produktion hat aber 1921 33 Millionen Tonnen betragen, jedoch selbst bei guter Konjunktur mindestens sieben Millionen Tonnen ausgeführt werden müssen. Die Ausfuhr von Kohle aber stößt auf große Schwierigkeiten, unsere Kohle ist zu teuer, weil eine unverhältnismäßig hohe Kohlensteuer auf ihr lastet, weil die Produktionskosten bedeutend höher sind als in den Nachbarstaaten und die tschechoslowakische Valutapolitik die Konkurrenzfähigkeit unserer Kohle gegen-

lung, die wir augenblicklich durchmachen, einmal den Moment, wo sich die bürgerlichen Koalitionsgenossen der Arbeiterschaft nur noch als Vorpann zu bedienen gedenken. Nach Oesterreich kommt jetzt Deutschland an die Reihe, auch den tschechoslowakischen Sozialdemokraten wird die Schicksalswende nicht erspart bleiben.

Aus diesem Zwischenergebnis des Werdepromesses — dem nur mit einem Zwischengliede haben wirs zu tun, nicht mit einem Ende — die von den österreichischen und reichsdeutschen Genossen bisher geübte Taktik verurteilen wollen, hieße das Kind mit dem Bade ausschütten. Als sie sich, unter inneren Widerständen, entschlossen, in die Vresche zu springen, taten sie es, um das Chaos zu verhüten, um den Wirtschaftsprozess im Gang zu erhalten. Wären sie nicht entschlossen an ihren Posten getreten, dann hätte sich nicht, wie die Kommunisten, durch Rußlands Elend und Unbeherrschtheit, der Sozialismus verwirklicht, sondern die Welt wäre in wilde Unkultur zurückversunken. Die Bedingung alles Sozialismus, der geregelte Gang der Produktion, ist dank ihrer aktiven Mitarbeit erhalten geblieben. Nun harret ihrer eine andere, ebenso wichtige Aufgabe: als klarblickende Opposition fruchtbar Kritik zu üben, Anschläge der Gegner zu verhindern und mit freier, durch keine Koalition gebundener Hand eine Position nach der andern zu erobern. Ob in der Regierung, ob gegen sie, wird die deutsche Sozialdemokratie für das Glück und für die Zukunft der Arbeiterschaft kämpfen.

über der Kohle anderer Länder vollends untergraben hat. Alle an der Kohlenproduktion beteiligten Faktoren müssen unsere Kohle wieder konkurrenzfähig machen. Die Bergarbeiter gewinde des nordwestböhmischen Braunkohlereviers haben ihren Teil bereits dazu beigetragen. Die Durchschnittsförderung pro Schicht betrug im April 1920 13,93 Meterzentner, im April 1922 aber 16,68 Meterzentner. Jeder Bergarbeiter des nordwestböhmischen Reviers fördert also heute pro Schicht um zweieinhalb Meterzentner mehr als vor zwei Jahren! Die Folge davon ist, daß die Lohnkosten pro Zentner gesunken sind und zwar im vierten Quartal 1921 von K 4,70 auf 3,89 im ersten Quartal 1922. In derselben Zeit ist aber der Preis der Kohle nicht gesunken! Die Unternehmer wollen eben von ihren Gewinnen nicht das geringste verfließen und der Staat hat durch den Mund des Finanzministers Raschin schon mehrmals erklärt, von einer Abschaffung der Kohlenabgabe sei gar keine Rede. Die Unternehmer sehen die einzige Möglichkeit, die Kohle konkurrenzfähig zu machen, im hemmungslosen Abbau der Arbeiterlöhne.

Das aggressive Vorgehen der Unternehmer hat bereits vor dreieinhalb Jahren zu einem Gesamstreik der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei geführt, der vom 4. bis zum 14. Februar gedauert hat. Beendet wurde dieser gewaltige Kampf durch die sogenannten Prager Vereinbarungen vom 12. Februar 1922, die den Grundgedanken: Lohnabbau nur insoweit als Preisabbau. Diese Vereinbarungen galten bis 31. August, wurden aber nicht von der Gesamtheit der Bergwerkbefitzer genehmigt.

Die ersten, die zu einem Angriff auf die Bergarbeiter übergingen, waren die Ostböhmer Grubenbarone, welche am 23. September einseitig neue Arbeitsbedingungen diktieren wollten. Die Folge davon war der Streik im Ostböhmer Revier, der am 8. Oktober begann und am 17. beendet wurde und der in der Lohnfrage mit einem Abbau von etwa 30 Prozent endigte, während in den anderen Revieren (Verlängerung der Arbeitszeit usw.) die Grubenbesitzer nicht durchdrangen. Die neuen Vereinbarungen bleiben bis zum 31. Dezember 1922 in Gültigkeit.

Den zweiten Vorstoß unternahm die Grubenbesitzer im Falkenauer Revier. Auch da wurde der Vertrag gekündigt und da sich die Verhandlungen am 25. Oktober zerlegten wurde am 30. Oktober mit dem Revierstreik eingeleitet. Am 3. November kam es zu einer Einigung, welche von der Revieräratskonferenz am 5. November genehmigt wurde und deren Hauptinhalt ein Lohnabbau von 25 Prozent war.

Im nordwestböhmischen Kohlenrevier zwischen Auspitz und Komotau kam es zunächst zu einer Einigung zwischen den Unternehmern, die in einer Betriebsrätekonferenz vom 29. Oktober mit einer nur geringen Mehrheit (182 zu 179 Stimmen) angenommen wurde. Die Vertrauensmänner der Bergarbeiter konnten sich mit einer so geringen Mehrheit nicht begnügen, weswegen eine Abstimmung sämtlicher Bergarbeiter des Reviers angeordnet wurde, in welcher die Vereinbarung mit der großen Mehrheit von 22.523 gegen 5.401 Stimmen verworfen wurde. Am 9. November trat nun der vertraglose Zustand ein, neuerliche Verhandlungen, die am 11. November statifanden, blieben dank der Hartnäckigkeit der Unternehmer ergebnislos, weswegen die Betriebsräteobmannerkonferenz, die am 19. November in Brüx stattfand, den Revierstreik per 20. November erklärte. Am Freitag, den 24. November findet nun eine Reichskonferenz der Bergarbeiter statt, welche zu der ganzen Entwicklung der Lohnfrage im Kohlenbergbau Stellung nehmen wird.

Im Verlaufe der Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern im Kohlenbergbau im letzten Jahre haben wir immer wieder darauf hingewiesen, was auch heute gesagt werden muß, daß in erster Linie die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung an der ständigen Krise des Kohlenbergbaues die Schuld trägt. Die unangenehmen hohen staatlichen Abgaben, die auf den Lebensmitteln genau so ruhen wie auf der Kohle, sind das Hindernis des Gesundungsprozesses unserer Volkswirtschaft. Die Einsichtslosigkeit der herrschenden Staatsmänner treibt die Volkswirtschaft dieses Staates von Krise zu Krise. Durch die Untätigkeit des Staates, durch das starre Festhalten an einer volkswirtschaftlich so schädlichen Steuer, wie es die Kohlenabgabe ist, haben die Unternehmer, die von ihren hohen Profiten nicht ablassen wollen, die Verbilligung der Kohle auf dem Wege eines radikalen Lohnabbaues durchzuführen. Die Arbeiter aber sind nicht willens, allein die Opfer der Wirtschaftskrise zu sein. Opfer müssen alle bringen: Der Staat, indem er die auf den Waren lastenden Abgaben mindert, der Unternehmer, indem er sich mit geringeren Profiten begnügt, und die Arbeiter, indem sie durch intensivere Arbeit die relativ hohen Löhne senken. Die stolzen Bergbarone haben geglaubt, den Arbeitern alles zumuten zu können. Die Vergleiche des nordwestböhmischen Reviers aber zeigen ihren Unternehmern und zugleich dem Staate, daß sie sich nicht alles bieten lassen, daß sie wohl bereit sind, einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung zu tragen, jedoch nicht gewillt, sich zum alleinigen Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik herabdrücken zu lassen.

Weitere Beschlüsse der Betriebsräteobmannerkonferenz.

Die Sonntag, den 19. November, in Brüx stattgefundene Betriebsräteobmannerkonferenz, über die wir bereits berichtet haben, und in der der Revierstreik einstimmig beschlossen wurde, hat

folgenden Antrag, der sich auf die Kohlensteuer bezieht, angenommen:

Die heutige Konferenz fordert die Aufhebung der Kohlensteuer und alle sozialistischen Parteien werden ersucht, dafür auch parlamentarisch einzutreten.

Wesentlich ist auch der nachstehende von der Konferenz angenommene Beschluß:

Alle proletarischen Parteien sollen den Kampf der Bergarbeiter mit ihren politischen Kampfzwecken unterstützen, jedoch wird verlangt, daß sie in die gewerkschaftliche Kampfführung nicht eingreifen, die den Gewerkschaften der Bergarbeiter allein überlassen bleiben muß.

Schließlich wurden folgende Streikvorschriften als bindend angenommen:

- Alle Kohlenförderungs- und Verladearbeiten werden als Streikbruch betrachtet;
- Die elektrischen Stromwerke sollen vorläufig mit der nötigen Kohle versorgt werden;
- Die Grubenhaltungsarbeiten sind auf das notwendige Maß zu beschränken. Die hierzu nötigen Arbeiter sind abwechselnd beizustellen.

Die Spezialdebatte über das Budget.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 beendet und in die Spezialdebatte eingegangen wurde, zeichnete sich, wie dies beim Wochenanfang immer der Fall ist, durch eine gesteigerte Präsenz aus. Auch sonst wurde es einigermaßen lebhaft. Als der kommunistische Abgeordnete Warmbrunn auf den Sanktionsartikel an der Prager deutschen Universität zu sprechen kam, nannte sein Mitkollege Kreibitz die streikenden Studenten Lausbuben, was Herrn Knirsch zu dem Ausrufe „Das ist Mut“ veranlaßte. Kreibitz replizierte: „Das sind Lausbuben, die sich von der Gendarmerie schützen lassen und dann bei tschechischen Blättern, bei den „Rozhodni Listn“, betreten gehen. Das ist der Geist von dem Geiste, wie der Jung sich von der tschechischen Gendarmerie in Komotau hat schützen lassen.“

Fortsetzung der Generaldebatte.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr vormittags. In der Fortsetzung der Generaldebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 spricht zunächst Abg. Warmbrunn (Kom.). Er beschäftigt sich speziell mit dem Artikel 1 und sagt: In jedem Voranschlag war bisher für Kultuszwecke eine Post von etwa 54 Millionen ausgeführt worden, welches in den Voranschlägen nicht aufgewiesen war, ist nicht bekannt.

Redner bespricht weiters die Verfolgungen der kommunistischen Jugendorganisationen, deren Anstößlichkeit die erste kulturelle Pflicht ist. (Präsident Tomasek ruft den Redner für diese Worte zur Ordnung.) Die neue Regierung scheint noch offener sich zum Ziel gesetzt zu haben die kulturelle Reaktion, sie will die Rolle eines Stützpunktes der Kontinentalrevolution spielen. Wir sind heute so weit, daß die Regierung mit verführten Armen vor den reaktionären Elzessen der halenkretzlerischen Akademie steht. Wenn es sich um Arbeiter handelt, ist die Regierung zum Eingreifen bereit, hier aber ist sie langmütig. Für die Arbeiter beider Nationen bedeutet dieser Vorstoß halenkretzlerischer Frechheit die Lehre, daß diese Hochungen der Reaktion verschwinden müssen. Und die Arbeiter werden in diesem „Geisteskampf“ eingreifen und die nötige geschichtliche Korrektur vornehmen.

Abg. Dr. Derer (tsch. Soz.-Dem.) polemisiert zunächst mit den Ausführungen Dr. Raska's. Das deutsch-tschechische Problem ist das wichtigste dieses Jahres; es muß in einer ruhigen Atmosphäre gelöst werden; gegen den Ausgleichsansatz haben sich die tschechischen Sozialdemokraten deshalb ausgesprochen, weil diese Atmosphäre in diesem Ausschusse nicht vorhanden wäre. Die Garantie, daß dieses Problem zur Bestridung beider Seiten gelöst werden wird, ist die Arbeiterklasse beider Nationen und wir glauben, daß es durch Verhandlungen der Vertreter der Arbeiterparteien erfolgreich gelöst werden könnte. Redner wendet sich sodann gegen die Ausschreibung von Neuwahlen. Pflicht dieses Parlamentes und der Koalition sei es, solange auszuhalten, bis die Alters- und Jubiläumsverklärung der Arbeiterschaft Tatsache geworden ist. Redner wendet sich einigen slowakischen Fragen zu, wobei es zu heftigen Zwischenfällen kommt. Als der Redner von der Inferiorität der heutigen slowakischen Generation gegenüber der tschechischen spricht, widersprechen die slowakischen Volksparteiler in heftigster Weise. Die Abgeordneten Dr. Labai, Suda und Gaski geraten mit dem Abg. Wedbeck und Pracek in ein lebhaftes Wortgefecht. Unter stürmischem Widerspruch der slowakischen Volksparteiler erklärt Abg. Derer, daß das Budget die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Slowakei voll berücksichtigt.

Damit ist die Generaldebatte beendet und es wird zur

Spezialdebatte

geschritten, die in vier Gruppen abgeführt werden wird. Die erste politische Gruppe umfaßt die

Des weiteren wird einstimmig beschlossen: Die Koalitionsverbände haben der Staatsverwaltung und den politischen Bezirksverwaltungen im Revierbereich den Streikbeschuß und die Streikvorschriften zu übermitteln und ihnen mitzuteilen, daß die Organisationen der Bergarbeiter die Garantie übernehmen, daß die Gruben nicht gefährdet werden.

Der Revierrat hat als Revierstreikleitung zu fungieren. Es sind, wie beim Heberstreik, Nachrichten in Komotau, Zestabitz, Brüx, Dux, Turn und Karbitz einzuführen, wo die Bergarbeiter jederzeit die notwendige Aufklärung über die Situation erhalten.

Von jedem Verfehle sind nicht nur die alten, sondern auch die neuen Löhne dem Revierrat unverzüglich zu melden.

Zwischenverbänden auf irgendwelchen Betrieben können den Streik nicht beeinflussen, da den Streikbeschuß ebenfalls wieder eine Konferenz der Betriebsratsobmänner zu beschließen hat.

Nachdem der Vertrag der Baggerarbeiter ebenfalls gültig ist, so treten sie ebenfalls mit in den gemeinsamen Kampf ein.

lassen.“ Der kommunistische Redner Warmbrunn gefiel sich darin, der sozialistischen Opposition vorzuwerfen, daß sie der Regierung durch ihre Staffage „erst recht“ die Ausführung der Budgetdebatte ermögliche. Ob sich wohl die Kommunisten dessen bewußt sind, daß auch sie diese „Staffage“ mit bilden? Im weiteren Verlaufe der Debatte kam es eingemaltes Zusammenstoßen zwischen den tschechischen Mehrheitsparteien und den slowakisch-Revolutionären.

Von unseren Genossen gelangten heute die Abgeordneten Geeger, der zu den Kapiteln „Präsident der Republik“, „Kanzlei des Präsidenten“ und „Nationalversammlung“ sprach, sowie Genosse Uhl, der das Kapitel „Ministerpräsidentium“ behandelte, zu Wort. Beiden Rednern gelang es, durch ihre treffenden Ausführungen die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln.

Kapitel I.—XXIV. (Präsident der Republik, Kanzlei des Präsidenten der Republik, Nationalversammlung, Oberstes Verwaltungsgericht, Ministerpräsidentium, Ministerium des Auswärtigen, Min. für nationale Verteidigung, Ministerium des Inneren, der Justiz, der Uniformierung.

Abg. Blerhat (Vd. d. Landw.): Besonders hart trifft die Deutschen die allgemeine Wirtschaftskrise. Der Wismut der Landwirtschaftlichen Bevölkerung greift immer mehr um sich, denn diese ist überzeugt, daß, falls nicht ehestens eine Besserung eintreten sollte, die Landwirtschaft bei uns dem Untergange geweiht ist. Die nächste Lage der Landwirtschaft wird namentlich verschuldet durch die Disparität der Preise der landwirtschaftlichen gegenüber jenen der Industrieerzeugnisse. Während die Industrie durch Hochschutzzölle und hohe Finanzzölle geschützt ist, entbehren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse jeglichen Zollschutzes. Zu dem Miskunde der landwirtschaftlichen Bevölkerung trägt auch nicht wenig bei die vollständig verfehlte Durchführung der Bodenreform.

Abg. Spahn (tsch. Soz.) verweist darauf, daß das Präliminar von 2,75 Milliarden sicher einen beträchtlichen Posten bedeutet. „Aber solange um uns herum kein Frieden ist, solange uns von außen und innen unangenehme Überraschungen von verschiedenen Seiten bereitet werden, müssen wir gerüstet sein.“ Redner bezeichnet es als Notwendigkeit, die Arme von unüberläßlichen Elementen zu säubern. Er wünscht die Wiedererrichtung des politischen Präsidiums im Nationalverteidigungsministerium und die Einführung von Militärseminaren bei Zivilgerichten. Zuletzt befaßt er sich ausführlich mit Vorschlägen für nationale und andere Verbesserungen im Justizwesen.

Abg. Genosse Dr. Fildesich

führt die Wurzeln der Wirtschaftskrise mehr auf die Fehler der Außen- als auf die der Innenpolitik zurück. Im Budget gibt es zwei Kardinalfehler. Der Finanzminister präliminiert eine um Millionen größere Einnahme aus einigen Steuern als im Vorjahre, während die Not, die Schließung von Fabriken bezuggen, daß die Voraussetzung unrichtig ist. Gegenüber dem Budget der früheren Jahre steigen die unproduktiven Ausgaben (Militär), während die produktiven Ausgaben (öffentliche Arbeiten) beträchtlich herabgesetzt wurden.

Abg. Vinocet (tsch. Soz.-Dem.) schreibt die Schuld an den Verlusten, welche die Deutschen in der Kriegsanleihe erleiden, den politischen Methoden Dr. Vodgman's zu. Es sei ein vollkommen verfehltes Vorgehen der tschechischen Sozialdemokraten in diesem Staate, daß sie außerhalb der realen Tätigkeit stehen und daß sie durch ihre Handlungsweise die Autorität der tschechischen Sozialdemokraten eben in dem Augenblick herabsetzen, da in Deutschland die Sozialdemokratie um den Schutz der Republik kämpft und da die österreichische Sozialdemokratie sich vergeblich darum bemüht, ihren früheren Einfluß im Staate wieder zu gewinnen. Redner spricht Befürchtungen aus, daß die jetzige Krise zu einer Dauerkrise zu werden drohe. Er bekämpft das Vorgehen des Bankptialismus und des Großgrundbesitzes.

Abg. Dr. Suda (slow. Volksp.) verwahrte sich gegen die Angriffe Dr. Derers, indem er er-

klärte, daß die Vertreter der slowakischen Volkspartei an die Disziplin der slowakischen Klubs in der Reklamationsversammlung bei den Verhandlungen über die Verfassung dieses Staates gebunden waren. Im Ausschuß haben sie ihre Autonomieforderung nachdrücklich betont. Er wünscht von der Regierung eine Veröffentlichung des Verzeichnisses jener Personen, welche Einflüsse in den sogenannten nationalisierten Betrieben haben.

Nach den Ausführungen des Abg. Navratil (tsch. Nat.-Dem.) betritt die Rednertribüne

Abgeordneter Genosse Geeger

Wenn wir alles, was sich hier abspielt, beobachten, können wir sagen, daß man bestrebt ist, hier

das Gleiche zu schaffen, wie im alten Oesterreich.

Es waltet bereits ein sogenannter Zeremonienmeister seines Amtes, eines Amtes, das verdammt Reiblichkeit mit dem Amt im alten Kaiserhause aufweist. Die Aufgabe dieses Amtes in früheren Zeiten war, wenn der Monarch reiste, darüber zu wachen, daß jede Berührung mit dem gewöhnlichen Volk ausgeschlossen bleibe, daß die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden und daß Straßen, Wege, öffentliche Plätze mit den notwendigen Sicherheitskräften besetzt wurden, daß also, wie es in Rußland unter der glorreichen Zeit des Zarismus gemacht wurde, um das Auge des Herrschers zu erfreuen, potentiell alle Dörfer aufgestellt wurden. So ähnlich scheint auch dieser Zeremonienmeister hier seine Pflicht und Tätigkeit anzufassen. Wir haben im alten Oesterreich noch eine zweite Einrichtung gehabt, eine ganz besondere Spezialität: Das war die allerhöchste Kabinettskanzlei. Die haben wir bis nun in diesem Staate noch nicht, wir besitzen eine Kabinettskanzlei, die sich aber langsam mit allen Anorien zur allerhöchsten zu entwickeln scheint. Die Aufgabe dieser Kabinettskanzlei und der früheren im alten Oesterreich war die, daß wohlweislich darüber gewacht wurde, was bei den Reisen des Monarchen geschrieben werden darf, wer in Audienz empfangen wird, kurz daß alles ferngehalten wird, was vielleicht einige Mißstimmung erregen konnte. Das war früher einmal. Heute sollten die Dinge wegzlich anders sein. Wenn der Präsident, dieses Staates eine Reise unternimmt, hat diese Reise doch nur den Zweck, einmal selbst zu hören und durch eigene unmittelbare Wahrnehmungen die Wünsche des Volkes entgegenzunehmen, sich zu informieren, um Kenntnis über die Meinung und Wünsche des Volkes zu erhalten.

Aber auch bei uns werden Empfänge und Audienzen fast ebenso gehandhabt wie damals im alten Kaiserhause!

Eine Vorgesur wird eingeführt, durch die alle Ansprachen gehen müssen, und diese Ansprachen dürfen wiederum nur Loyaltätskundgebungen enthalten. Es müssen Wünsche und Beschwerden, die man zu erheben hätte, entfallen.

die Bau- und Wirtschaftsbehandlung

gibt Anlaß zur Kritik. Der gesamte Aufwand beträgt 14,14.881 Kronen. Im Vorjahre wurde diese hohe Post damit begründet, daß eine Restaurierung der Burg vorgenommen werden müsse, die so hohe Ausgaben erfordere. Trotzdem das Parlament damals diese hohe Summe bewilligt hat, ist bis heute kein Bauprogramm vorgelegt worden. Man spricht auch gar keine Verpflichtung zu haben, das zu tun, im Gegenteil, man unternimmt ein genaues Bauprogramm über die Anwendung dieser hohen Beträge den in Betracht kommenden Körperschaften nicht.

Wir wir hören sollen, trotzdem wir in einer ungeheuren Wohnungsnot stehen, einige Ministerien, die gegenwärtig in der Burg untergebracht sind, ihre Lokale räumen; diese Räume sollen zu dem Zwecke hergerichtet werden, um für fremde Gäste Gemächer zu schaffen. Eine solche Aenderung in Zeiten der dräuendsten Not wird und kann natürlich von niemandem verstanden werden. Wir werden daher eine ganze Reihe von Anfragen auf Berechtigung einzelner dieser Posten stellen. Gleichzeitig müssen wir auch hier zu der Post von einer willkürlichen Kronen, die dem Herrn Präsidenten für öffentliche wohltätige Zwecke nach freiem Ermessen zur Verfügung gestellt werden soll, Stellung nehmen. Bei aller Hochachtung, die wir der Person des Herrn Präsidenten entgegenbringen, sind wir doch der Meinung, daß eine solche Einrichtung nicht demokratischen Grundsätzen entspricht. Eine weitere Post, die sehr auffallend ist, ist der

Betrag für Automobile von einer halben Million Kronen und für Pferde und Equipagen von 200.000 Kronen.

Weiter auffallend ist die Post „Beleuchtung der Burg“, die im Vorjahre 321.000 Kronen gekostet hat, welcher Betrag jetzt auf 345.000 Kronen erhöht wird.

Redner wendet sich sodann dem Kapitel „Nationalversammlung“ zu und sagt: Man könnte sich als oppositioneller Abgeordneter das Reden ersparen, man brauchte nur ihre Reden im alten Parlament zur Verlesung bringen. Ich will mich dieser Aufgabe widmen und einige solcher Worte der einzelnen maßgebenden tschechischen Abgeordneten in diesem Staate dem Hause und den Mehrheitsparteien in Erinnerung bringen. Ueber das Parlament selbst sprach im Jahre 1911 ein hervorragender Abgeordneter, der heute in diesem Staate eine wichtige Rolle spielt folgendes: „Meine Herren, wenn wir weiter kommen wollen, so muß es in diesem Hause wenigstens eine Art von parlamentarischer Reinheit geben. Wir wollen, wenn man schon immer von Aufrichtigkeit, Offenheit usw. spricht nicht mit einer Unaufrichtigkeit

anfangen." Ich glaube diese Worte zeichnen treffend auch unsere Verhältnisse. Aber nicht nur das, auch in anderen Fragen sprach man anders als heute gehandelt wird.

Zum alten Oesterreich war im Jahre 1911 eine Teuerung zu bemerken, die damals gewiß bedauerlich, aber im Verhältnis zu uns lange nicht so katastrophal zu nennen war, als sie heute ist. Damals hat das österreichische Parlament diese Frage anders behandelt. Da trat ein tschechischer Abgeordneter auf und erklärte wörtlich: „Der Herr Minister hat auch über die Verteuerung gesprochen. Verteuerung ist zu wenig gesagt, es handelt sich um Hunger, große Massen des Volkes haben nicht genug Brot, haben nicht genug zu essen. Die Teuerung ist eine akute verschärfte Manifestation unserer elenden wirtschaftlichen Verhältnisse.

„Hat die Regierung je über dieses Problem nachgedacht, hat sie irgend einen Plan ausgedacht?

Die Abgeordnete, der diese Worte sprach, ist der heutige Präsident der Tschechoslowakischen Republik. Es wäre daher angezeigt, wenn auch der Präsident seinen Ministern dasselbe sagen würde. Denn auch bei uns scheint die Regierung keine Pläne zu haben; auch hier hört man nicht, wie sie die Wirtschaftskrise in diesem Staate zu bannen gedenkt. Es ist erklärlich, die Regierung und die allnationale Koalition haben sich andere Aufgaben gestellt, als so „Nebenfächliches“ ernstlich in Angriff zu nehmen. Wir sehen das in allen Regierungserklärungen, die ziemlich inhaltslos sind. Auch darüber sprach der tschechische Abgeordnete im Parlament im alten Hause folgende Worte: „Das eine geht nach links, das andere geht nach rechts, eines geht vorwärts, eines geht rückwärts und schließlich geht alles rückwärts. Ich bitte Sie, meine Herren, wo ist da ein Ziel, wo ist da die Stetigkeit? Der Ministerpräsident hätte sich die lange Programmdede ersparen können, er hätte einfach sagen sollen, „Meine Herren, nichts gewisses weiß man nicht.“

Höchstens hätte er, um sich nicht weiter zu bemühen, im Hause einen Zettel antreiben lassen sollen: Politisch denken ist in diesem Hause verboten!

Sehen Sie, meine Herren, daß das nicht auch treffend für unsere Verhältnisse ist? Diese Worte sprach Präsident Masaryk als Abgeordneter im österreichischen Parlament. Wenn Sie nun meine Herren von der Mehrheit, sich die Regierungsprogramme unserer verschiedenen Regierungen seit Bestand dieses Staates vor Augen halten, so werden Sie finden, daß diese Worte auch auf uns vollständig zutreffen. Nehmen Sie die erste Regierung Kramarsch, Programm: Mit Waidampf nach Rechts; zweite Regierung Tusar: Schachtern und etwas jaghaft nach Links; dritte Regierung Cerny: Lust, überhaupt nichts; die vierte, die pendelförmige Regierung Benesch, etwas links und etwas rechts, die heutige Regierung des Herrn Svehla, darüber möchte ich mir keine Meinung erlauben, sondern ich möchte nur die Worte des damaligen Abgeordneten wiederholen: Nichts gewisses weiß man nicht. Sie sehen, daß diese Worte von damals auch treffend für unsere Verhältnisse passen. Dieser Abgeordnete, der so sprach ist der heutige Präsident dieses Staates Dr. Masaryk. Er erklärte das Gesamtministerium ist nicht nur eine Addition von einzelnen Ministerien, sondern es soll oben den österreichischen Gedanken und das österreichische Gewissen repräsentieren. Aber diese Ministerien meine Herren sind so wie Holzpuppen, die man ändern gibt. Sie können ein Auge herausnehmen und die Puppe bleibt. Sie können einen Fuß abnehmen und die Puppe steht auf den anderen Fuß, Sie können den Kopf und alles herausnehmen und Sie können damit ruhig weiterspielen.“ Das ist es, was mit uns hier geschieht.

Die nationale Frage erbt und jetzt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch ein paar Worte darüber sagen, wie die nationale Frage früher und wie sie heute behandelt wird. Ich brauche nicht erst zu betonen, daß wir mit der Politik der Herren Vodgman und Jung nichts gemein haben. Aber trotz alledem muß gesagt werden, daß die Herren von der Mehrheitspartei nicht das geringste dazu beigetragen haben, eine solche Politik, wie sie gegenwärtig hier getrieben wird, unmöglich zu machen und daß sie nicht das geringste dazu beigetragen haben, irgendeinen Weg des Ausgleiches oder des Verständnisses zu finden. Aber sie haben nicht immer so gedacht. Es hat der Herr Präsident Masaryk einen Besuch nach Brünn unternommen. Als er in Brünn eintraf, wurde er von Prof. Englich begrüßt und dieser hielt folgende Ansprache: „Sie kennen voll das tschechische Volk, das tschechische Leben, Sie haben den Menschen und dem Volk den Weg gezeigt, Sie sind unser Gewissen.“ Wenn Sie schon den Präsidenten als Gewissen hinstellen, dann haben Sie auch in der nationalen Frage, so wie es der Präsident tut, einzutreten. Auch das sind seine eigenen Worte, die er im Jahre 1911 anlässlich der Budgetdebatte im alten Oesterreich hielt, als er sagte: „Die Sprachfrage, die uns soviel beschäftigt, ist nicht nur eine Sprachfrage, sondern sie ist auch in hohem Grade eine wirtschaftlichsoziale Frage.“ Das dürfen Sie nicht vergessen. Mit dem rein formalistischen Ausgleich können Sie das heutige pulsierende wirtschaftliche und kulturelle Leben der Völker nicht in Paragraphen und Departements zwingen. Aber Sie wollen nicht einmal den rein formalistischen Ausgleich. Das hat die beschämende Haltung beim Antrag Dr. Czech am besten gekennzeichnet.

Aber nicht nur der Präsident, sondern auch andere wichtige maßgebende Personen dieses Staates sprachen über diese Frage ganz anders. Ich möchte noch einen zitieren, das ist Dr. Baza,

der im Jahre 1918 im österreichischen Parlament folgendes, was festgehalten zu werden verdient, gesagt hat: „Wir haben in unserer Deklaration vom 8. Jänner aheademlich gesagt, daß wir in unserem demokratischen, sozial gerecht auf die Gleichheit aller Einwohner aufbauenden Staate den nationalen Minderheiten volles, gleiches nationales Recht anerkennen. Wir werden die sprachlichen und die bürgerlichen Rechte der Deutschen nicht nur an bestimmte Obergrenzen fixieren, wie es die Deutschen wollen, sondern jeder Staatsbürger, sei es ein Böhme oder ein Deutscher, kommt unbeschränktes volles Recht zu, sich im ganzen Staate frei, sowohl im Privatleben wie auch im Amt, in der Schule und im ganzen öffentlichen Leben zu betätigen und zu entwickeln.“ (Hört! Hört!) Das waren Ihre Worte und wie schaut es bei uns aus? Sie haben ein Sprachengesetz geschaffen, das das Gegenteil von dem ist, was Sie gesagt haben. Sie zwingen andere Nationen, die die tschechische Sprache nicht verstehen, durch dieses Sprachengesetz in der Sprache vor Gericht zu gehen, die sie nicht verstehen.

Sie werfen deutsche Arbeiter und Angestellte aus den Betrieben und Ställen heraus.

Sie sagen: Freie Entwicklung der Schule. Und im Handumdrehen sperren Sie mehr als 1800 deutsche Volksschulklassen und 535 deutsche Volksschulen. Ja es gibt Organe, die deutsche Kinder zwingen, in tschechischen Schulen Unterricht zu nehmen. (Abg. Hillebrand: Die Zahlen sind noch höher.) Es mag sein, daß die Zahl höher ist, aber schon diese Zahl würde genügen, um zu beweisen, daß zwischen den Worten von damals und den Taten von heute ein großer Unterschied besteht.

Ich möchte noch auf eins verweisen. Es hat der Abgeordnete Stanek, auch ein einmaliger tschechoslowakischer Minister, in einer späteren Zeit als im Juli 1918 über die nationale Frage gesprochen und er erklärte damals wörtlich: „Keine Nation und keine Schicht der Bevölkerung wird nach diesem Kriege, lassen Sie sich das gesagt sein, eine Anechtung erdulden. Mit elementarem Ausbruch werden alle bisher gehehmeten Kräfte nach Geltung und Anerkennung ringen. Was immer Sie diesen unwiderstehlichen Anprall entgegenstellen wollen, es wird Seidenpapier gegen einen Bergsturz sein.“ Ich will mich mit diesem Kapitel dieser Frage gar nicht beschäftigen. Ich will nur darauf verweisen, daß auch tschechische Sozialdemokraten wiederholt solche Andeutungen erließen. Ich verweise auf eines, und dies deshalb, weil die tschechischen Sozialdemokraten zum Antrage Czech eine Stellung einnahmen, die kein Mensch verstehen und begreifen kann. Im Oktober 1918 haben tschechische Sozialdemokraten einen Aufruf erlassen, in dem zu lesen ist: „Indem wir für uns das nationale Selbstbestimmungsrecht bis zur äußersten Konsequenz des selbständigen Tschechoslowakischen Staates verlangen, anerkennen wir dieses Recht der Selbstbestimmung auch für euch und wir sind der Ansicht, daß die Vertreter des deutschen Volkes in dieser geschichtlichen Zeit einzig und allein dazu berufen sind, im Vertragswege für die Zukunft über das gegenseitige Verhältnis der beiden Nationen zu entscheiden.“ Heute, vier Jahre später, stimmen dieselben tschechischen Sozialdemokraten gegen den Antrag, der nichts anderes besagt, als daß ein Ausschuss eingesetzt werden soll, der sich mit dem nationalen Problem beschäftigen soll. Heute stimmen Sie dagegen mit der Begründung, die Zeit dafür sei noch nicht gekommen. (Abg. Hillebrand: Auch die Nationalsozialisten waren untergefallen.)

Aus allen diesen Gründen können wir weder für diesen Teil, noch für den gesamten Vorschlag stimmen. Vielleicht werden Sie gut tun — und damit möchte ich schließen — daß Sie, wie Präsident Masaryk im alten Parlamente Oesterreichs gesagt hat, nur mit einer kleinen Abänderung, auch in diesem Hause einen Zettel antreiben lassen mit den Worten: „Mitarbeiten, politisches Denken ist zwar hier nicht verboten, aber überflüssig.“ (Starker Beifall.)

Abg. Palejdl (tsch. Soz.) macht die Regierung auf das reaktionäre Treiben in Bayern, speziell in München aufmerksam, wo eine Resolution über den Beginn einer militärischen Aktion in Deutschland angenommen wurde, wozu sich eine Aktion in Ungarn, Kroatien, Albanien und Montenegro gefellen soll. Auch in Oesterreich werde monarchistisch gearbeitet. Redner spricht gegen die Parteikreuzer und bezeichnet auch die Mitglieder des deutschen nationalsozialistischen Klubs als Propagatoren dieser Organisation. Im Verlaufe seiner Rede wendet er sich gegen die deutsche Großindustrie dieses Staates.

Abg. Werta (Romun.) verwahrt sich gegen das Vorgehen des Nationalabwehrungsministeriums, das Wehrausschreibungen zweierlei Art einberuft, nämlich solche, die nur für die Mehrheit, parteien getrennt und solche, an denen auch die Opposition teilnimmt, in denen aber nichts Grundlegendes verhandelt wird. Redner protestiert auch dagegen, daß die Regierung dem kommunistischen Treiben allzuviel Aufmerksamkeit widmet.

Abg. Underes (slow. Volksp.) befaßt sich eingehend mit der Außenpolitik, welche er vollständig verurteilt.

Abg. Hummelhans (tsch. Soz. Dem.) polemisiert zunächst mit dem Proger „Denk“, der ihn angegriffen hatte und erklärt, daß die Sozialisten darüber machen werden, daß das Militärsystem in der Tschechoslowakei eingeführt werde. Sodann gelangte Abg. Genosse Uhl zum Worte, dessen Ausführungen wir in unserer nächsten Nummer wiedergeben werden.

Die Sitzung wurde um dreieiertel neun Uhr abends geschlossen. Nächste Sitzung heute vormittags 10 Uhr.

Senat.

Der Senat hielt gestern nachmittags eine kurze Sitzung ab, in welcher der Bericht des Wehrausschusses und des Budgetausschusses über den Regierungsentwurf, betreffend die Erweiterung der Gültigkeit des Gesetzes vom 10. Juli 1922, mit welchem die Militärbequartierungsbefehle geregelt wird, verhandelt wurde. Der Regierungsentwurf wurde angenommen. Als zweiter Punkt gelangte der Bericht des Budgetausschusses über den Regierungsentwurf, durch welchen die Gültigkeitsdauer des Gesetzes vom 24. Juli 1919 über die Reform des Rechtes zur Ausmessung und Einhebung der Steuern und Abgaben auch für die Jahre 1921 und 1922 verlängert wird. Auch dieser Entwurf gelangte zur Annahme. Der Vorsitzende ließ darauf über eine Interpellation der Senatoren Zellinek und Genossen, betreffend die Eröffnung der Debatte über die Konfiskation des Brünnner „Tagesboten“ abstimmen. Für die Eröffnung der Debatte stimmten die Deutschbürgerlichen, die deutschen Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Mehrheit stimmte dagegen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr vormittags.

Inland.

Ein tschechisches Urteil über die Armeer.

Gegen die in der Armeer herrschenden Zustände wendet sich im Leitartikel des „Pravo Lidu“ Hr. Hummelhans: Das alte schwerfällige System sei in unserer Armeerverwaltung in allen Richtungen zu spüren. Ein klassisches Beispiel hierfür sehen wir in der Druckerei des Ministeriums für nationale Verteidigung. Die Herren aus dem Nationalverteidigungsministerium bemühten sich, aus diesem wirtschaftlich gefunden Unternehmen die Zufluchtstätte einiger überflüssiger Offiziere zu machen. Dies sei zwar nicht gelungen, aber die Druckerei sei dennoch in die unzuverlässigen Hände eines Herrn Blahnik gekommen. Infolge verschiedener Mängel wäre es nötig gewesen, eine Aenderung in der Druckereiverwaltung einzuführen und da hätte das Ministerium für nationale Verteidigung die Aufsicht über die Druckerei drei Oberstleutnants, einem Juristen und einem Redakteur anvertraut; als Hauptdirektor soll ein Oberst eingesetzt werden. Wie es diesen Industrieunternehmen gehen würde, wenn diese Nachführung weiter bestände, könnte sich ein jeder vorstellen.

Das Blatt befaßt sich sodann mit dem Geiste, der in der tschechoslowakischen Armeer zu Hause ist, und sagt: „Die längst verprochene Einheit, der demokratische Geist, das alles geht langsam verloren und in den Vordergrund tritt das Bestreben, in unsere republikanische Armeer jenen militaristischen Kastengeist einzuführen, wie er in der alten Armeer geherrscht hat. In der letzten Zeit wird auch behauptet, daß im Ministerium für nationale Verteidigung ein Erlaß über die Gründung von Disziplinausschüssen vorbereitet wird, in dem die Offiziere das Recht haben werden, ohne gerichtlichen Beschluß ihren Kollegen der Charge zu entlassen, sowie ihm seiner Existenz zu berauben.“

Ueber die Gegensätze in der Armeer sagt das Blatt: „Das Offizierskorps leidet an inneren Gegensätzen, die von einigen Karrieristen hervorgerufen werden. Es entstehen Streitigkeiten zwischen den Offizieren, die Legionäre sind, zwischen den aktiven und Reserveoffizieren, — diesen wurde besonders Unrecht angetan — zwischen den Waffengruppen und den Fachgruppen, zwischen denen, die Mittelschulbildung besitzen, und denen, die Mittelschulbildung haben; alles streitet untereinander, kämpft um die Macht und die Existenz. Die Verhältnisse komplizieren sich noch durch die Interessen und den Streit der kleineren Offiziersgruppen: der Deutschen, der slowakischen Autonomisten, der Frankophilen und anderer. Daß in diesem Chaos verschiedene Mißnahmungsversuche und Affären gut gedeihen, ist begreiflich.“

Das Blatt schiebt die Schuld an diesen Zuständen dem Ministerium für nationale Verteidigung zu und befaßt sich mit dem hohen Bekamtenstand in den unzähligen Militär- und Ministerialkanzleien; es sei weiter auch nötig, die Zahl der Offiziere bei den Stäben und Divisionen abzubauen. Die Soldaten stählen sich unter dem gegenwärtigen Regime nicht gerade glücklich, da sie überflüssig lange im Dienst gehalten und von manchen Offizieren überflüssig schikaniert werden. Die Erziehung des Heeres gehe trotz aller gegenteiligen Behauptungen im militaristischen Geiste vor sich, da bei vielen Offizieren die Ansicht herrsche, daß das beste Erziehungsmittel der Drill sei. Das Blatt wendet sich dann einem schmerzlichen Kapitel zu, nämlich der Militärakademie in Mährisch-Welichirgen, die den Staat ungeheuer viel gekostet. An der Spitze der Akademie stehen fremde Offiziere und es sei zu bezweifeln, ob die französischen Offiziere der Armeer so viel genützt hätten, wie man erwartete. Auch das Demütigen der Offiziere ins Ausland zum Zwecke militärisch-fachlicher Ausbildung sei überflüssig. Zum Schluß appelliert das Blatt an die Wehrausschüsse der Nationalversammlung, sie mögen sich um die Wirtschaft im Nationalverteidigungsministerium und um den Geist, der in der Armeer herrscht, mehr kümmern.

Von den tschechischen Sozialdemokraten hat man in der letzten Zeit schon öfters Kritiken der Zustände in unserer Armeer gehört. Ob sie wohl die Macht haben werden, ihren Koalitionsskollegen Udrzal zu einer Kursänderung zu bewegen?

Aus der politischen Kinderstube. Im Anschlusse an die jüngste Abstimmung über den Antrag der Minderheiten, meint das „Brünnner Montagblatt“, die Sozialdemokratie werde jetzt „Farbe bekennen müssen“, ob sie weiter „im Sumpfe der Internationalität verstrickt bleibe“, oder „national“ sein, und mit den anderen deutschen Parteien marschieren werde. Unnötige Sorge. Die Sozialdemokratie befindet sich nicht in der Lage, alle 14 Tage auf die Suche nach Neuorientierung auszugehen, noch gewisse bürgerlicher „Taktiker“, nicht in der Lage einer bürgerlichen Partei, welche nach vierjährigem Bestand noch kein festumschriebenes wirtschaftliches oder politisches Programm besitzt, noch in der Lage jener, dem „Montagsblatt“ nahestehenden Gesellschaftsgruppen (von einer einheitlichen Partei kann man da schwer sprechen), welche bald in der Masse des Mittelständlers, bald in jener des Agrarikers, oder „deutschen Arbeiters“ auf Mitglieder- und Wählerfang ausgeht. Die deutsche Sozialdemokratie (nicht nur in diesem Staate, sondern allenthalben), wird nie aufhören, international zu sein und wird bleiben, was sie immer war, national im guten, im besten Sinne. Die Internationalität ist kein Kleid, das man heute trägt, morgen ablegt. Sie ist ein Leben atmenendes Organ, ein lebendiger Teil der sozialistischen Weltanschauung. Ohne sie wäre die Partei weder sozialistisch, noch demokratisch. Die Vorstellung eines Lebens außerhalb des Raumes ist aber nicht faßbar. Das nationale Empfinden und das Eintreten für sein Volk ist das Selbstverständliche, durch die Natur gegebene, wie man Vater und Mutter ehrt, liebt und schützt. Das bedarf gar keiner weiteren Verabredung und Abmachung, und ist keiner Klasse Vorrecht. National fühlen, denken und handeln, fällt allerdings nicht in die „völkischen Belange“, sonst könnten doch unsere Völkernationalen nicht tagtäglich das deutsche Reich und sein Oberhaupt, sowie gut alle deutschen besien Köpfe und ehrenwertesten Männer beschmutzen und verdächtigen. Es sind die völkischen Organe, unter ihnen das „Montagsblatt“, welche in jeder Nummer von der verjudeten Sozialdemokratie schreiben. Und nun möchten sie wieder mit dieser „verjudeten“ Partei „marschieren“. Sie, die reinrassigen Arier, die Germanen. Es sind dies offenkundig Menschen, die nicht wissen, was sie wollen, und nicht, wie sie es wollen. Es ist aber eine reine Unmöglichkeit, Leuten, welche sich noch nicht einmal das ABC eines politischen Verständnisses angeeignet haben, das innere Wesen der deutschen, internationalen Sozialdemokratie klarzumachen. — e.

Eine neue Partei? Die „Straž Lidu“, das Provinzialorgan der Kommunisten meldet, wird in Mähren eine neue Partei, nationale Arbeitspartei genannt, gegründet werden. An der Spitze der Aktion stehen der ehemalige nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Strankly junior, der Dozent an der Universität in Brünn ist, der ehemalige Finanzminister Dr. Englich, der ehemalige Minister Dr. Skrabar und angeblich auch Minister des Auswärtigen Doktor Benes, dem die tschechische nationalsozialistische Partei, auf deren Programm er kandidiert hat, nicht mehr gefällt. Eine Bestätigung dieser Nachricht muß abgewartet werden.

Ausland.

Der Fehrenbachprozeß im bayerischen Landtag.

Der Bayerische Landtag verhandelte Freitag die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Interpellation über den Fehrenbachprozeß. Genosse Dr. Saenger entwarf in seiner Begründung ein niederträchtiges Bild der ungeheuren Rechtsverstöße in der bayerischen Prozeßführung, die in der bayerischen Justiz zur Gewohnheit geworden sei und im Fehrenbachprozeß ihren nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht habe. Ganz einseitig werde die Praxis gegen links angewendet, während gegen Hoch- und Landesverrat, Gewalttätigkeiten und Gesetzesverletzungen, die von rechts begangen werden, nicht eingeschritten wird. Für den Fehrenbachprozeß sei ausschließlich das Reichsgericht zuständig gewesen, nicht das lediglich für eine politische Situation vorübergehend eingesetzte Volksgericht. Unter stürmischen, von Ordnungsrufen begleiteten Zurufen der Linken schäudernde der Redner die parteipolitische Einstellung des Gerichtsvorsitzenden, der der reaktionären Presse das Urteil bereits am Tage der Verkündung übergeben habe, während er dem Angeklagten nach der Verurteilung die Zustellung des Urteils verweigerte. Dasselbe Gericht habe im Fall Leoprechting einem Abgeordneten zu politischen Zwecken das Urteil übergeben. Die Volksgerichte müssen sofort aufgehoben werden.

Der Justizminister Dr. Gürtler äußerte sich, sichtlich unter dem Eindruck der Rede Saengers stehend, sehr zurückhaltend. Er gab zu, daß der Vorsitzende des Volksgerichtes die notwendige Zurückhaltung nicht immer gezeigt habe. Er gibt die Stellung des Sachverständigen Dr. Thimm als nicht objektiv an und wandte sich dagegen, daß auf Grund dieses Urteils im In- und Auslande eine allgemeine Begege-

Das Endergebnis der englischen Wahl.

144 Mandate der Labour Party.

London, 21. November. (A. N.) Das letzte Wahlergebnis von den Orkney- und Shetland-Inseln wurde heute bekanntgegeben. Sir R. Hamilton (liberal) siegte gegen die Nationalliberalen. Das definitive Verhältnis der Parteien im neuen Parlament ist nachstehendes: Konservative 343, Labour Party 144, Nationalliberalen (Richtung Lloyd George) 59, Unabhängige Liberale (Richtung Asquith) 55 und Unabhängige 14.

London, 21. November. (A. N.) Zu der Wahl Ramsay MacDonalds zum parlamentarischen Führer der Arbeiterpartei wird mitgeteilt: MacDonald war nicht Mitglied des früheren Parlamentes, da er bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1918 geschlagen wurde. Als Führer der Arbeiterpartei im Parlamente wurde heute Clunes und MacDonald vorgeschlagen. Das Ergebnis der Abstimmung war 61 zu 56 zugunsten MacDonalds.

Tages-Neuigkeiten.

Wie deutsche Schulen beschlagnahmt werden.

Die Abgeordneten Genossen Cermak, Kaufmann und Hirsch haben an den Minister für Schulwesen und Volkskultur und den Minister des Innern wegen der ungesetzlichen Beschlagnahme des Gebäudes der dritten Knaben- und Mädchenschule in Saaz zu Zwecken der tschechischen Lehrerbildungsanstalt eine Interpellation eingebracht, in der unter anderem gesagt wird:

Zur Unterbringung der in Saaz errichteten tschechischen Lehrerbildungsanstalt wurde vom Saazer Stadtrate das 2. Stockwerk der deutschen Volksschule III, auf ein Jahr zur Verfügung gestellt. Dies geschah unter der ausdrücklichen Bedingung, daß weitere Eingriffe seitens der Unterrichtsverwaltung in das deutsche Schulwesen vermieden werden. Im Mai 1921 wurde für die Zwecke der tschechischen Lehrerbildungsanstalt auch das 1. Stockwerk des Schulgebäudes III angefordert, was der Ortsschulrat ablehnte und die vollständige Räumung des Schulgebäudes für den Oktober forderte, wo das Jahr, für welches die Bewilligung erteilt worden war, abließ, da die Räume für die Bedürfnisse der deutschen Schule nötig waren. Die politische Behörde ersuchte um Rücknahme des Ortsschulratsbeschlusses, worauf zwischen dem Vertreter der politischen Behörde und dem Ortsschulrat vereinbart wurde, die von der tschechischen Lehrerbildungsanstalt bisher benützten Räume auch für das Schuljahr 1921-22 zu überlassen, wenn die Räume darnach freigemacht werden und die Unterrichtsverwaltung für die Zeit, in der sich der Geburtsanfall der Kriegsjahre durch schwächere Kinderzahl in den deutschen Schulklassen der Stadt Saaz geltend gemacht hat, keine Aufhebung von Schulklassen oder Auflösung von Schulen oder Schulpfingeln in Saaz verfügt. Auf den Bericht über den Beschluß des Ortsschulrates erfolgte der Dank der politischen Behörde an den Ortsschulrat und das Ministerium nahm den Bericht mit der Zuschrift vom 19. September, Zahl 24.327, zur Kenntnis. Trotzdem wurde mit Erlaß des Landesschulrates vom 25. Februar 1922, Zahl 688, der 3. Schulpfingel in Saaz aufgelöst und die Klassenzahl eingeschränkt.

Gegen diese ungesetzliche, dem gegebenen Versprechen zuwiderlaufende Verfügung hat der Stadt- und der Ortsschulrat den Rekurs an das Ministerium ergriffen. Die Verfügung ist deshalb vollständig ungesetzlich, weil das Gesetz vom 3. April 1919, Nr. 189, zwar den Landesschulratsvorsitzenden zur Änderung von Schulpfingeln berechtigt, jedoch nicht zu solchen Änderungen, welche tatsächlich die Auflösung von Schulen einhalten, solange die gesetzlichen Voraussetzungen zur Aufhebung der betreffenden Schule nicht gegeben sind. Die 3. Knaben- und die 3. Mädchenschule, welche durch die Sprengeländerung aufgehoben wurde, hatte 222 beziehungsweise 197 Schulkinder. Die Auflösung ist daher nicht gerechtfertigt, da keine Schule unter 40 Kinder herabgezunken ist. Die Auflösung dieser beiden Schulen ist auch nicht rechtskräftig geworden, und die Beschlagnahme ist bis heute nicht verfügt worden.

Die politische Bezirksverwaltung ordnete an, daß der Direktor der tschechischen Lehrerbildungsanstalt die Lokalitäten, welche von der Knabenschule III verlassen worden waren, sofort in Besitz und Benutzung zu nehmen hat und forderte das Bürgermeisteramt auf, die Schlüssel dem Anstaltsdirektor sofort ausfolgen zu lassen. Für den Fall, daß die Ausfolgung der Schlüssel binnen 24 Stunden nicht geschehen sei, ermächtigte die politische Bezirksverwaltung den Anstaltsdirektor, die Lokalitäten und Räume unter Zuziehung eines Schlossers auf Kosten der Stadtgemeinde öffnen zu lassen und in Besitz und Benutzung zu nehmen. Als Beweggrund für ihre gesetzes- und rechtswidrigen Anordnungen führt die politische Bezirksverwaltung in diesem Erlaß an das Bürgermeisteramt neben der Notwendigkeit für den Unterrichtsbetrieb und der Vorsorge für die Gesundheit der Schüler die Empörung der böhmischen Minorität an, welche, drohe, falls die politische Behörde nicht einschreite, sich selbst zu helfen und Ordnung zu schaffen.

Die gewaltsame Eröffnung der Schulräume ist auch am 21. Oktober noch vor Ablauf der 24stündigen Frist erfolgt, ohne daß man auf den Protest des Bürgermeisteramtes Rücksicht nahm, welches sich darauf begründet, daß die politische Bezirksverwaltung den Versuch nicht unternahm, den Weg der Verhandlung mit der Stadtgemeinde zu betreten. Der in dieser Angelegenheit mehrmals vorsprechende Direktor der tschechischen Lehrerbildungsanstalt konnte von der Stadtgemeinde selbstverständlich nicht als zur Verhandlung befugt angesehen werden, da auch

die Bezirksverwaltung als Beschlagnahmebehörde nicht in Betracht kam.

Die Erwidrerung des Leiters der politischen Bezirksverwaltung in Saaz, Ministerialrat Dr. Tauer, befragt, daß er infolge der erfolglosen Intervention des Leiters der tschechischen Anstalt zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß, da es sich um eine tschechische Unterrichtsanstalt handelt, jedwede weitere Intervention und Bitten auch von seiner Seite im Hinblick auf die bisher leider noch bestehende Mentalität einiger sogenannter deutscher Führer in Saaz unnütz wäre. Die Schulkinder, beziehungsweise ihre Eltern wollten streiken, die Professoren und auch der bisherige Amtsrat erklärten, bei solchen Verhältnissen sei die Erteilung des Unterrichts unmöglich und die böhmische Minorität sah in der Nichtüberlassung des Gebäudes eine Provokation und Demütigung des böhmischen Elementes in Saaz und drohte mit Selbsthilfe. Die politische Behörde sei jedoch verpflichtet, über begründete Anzeigen und Beschwerden einzuschreiten, es auf ungesetzliche Handlungen nicht ankommen zu lassen und diesen womöglich vorzubeugen.

Wenn es sich um eine deutsche Anstalt gehandelt hätte, wäre sofort eine ähnliche Regelung der Selbsthilfe mit Gendarmerie und gewaltsamem Vorgehen unterdrückt worden, bei einer tschechischen Anstalt mußte sich der verantwortliche Leiter der politischen Behörde natürlich sofort der Drohung der tschechischen Minderheit beugen.

Die Interpellanten stellen an den Herrn Minister für Schulwesen und Volkskultur und den Herrn Minister des Innern folgende Anfragen:

Sind den beiden Herren Ministern diese Vorkommnisse bekannt?

Ist der Herr Minister des Innern gewillt, diese eigenmächtige Verfügung des Leiters der politischen Bezirksverwaltung in Saaz sofort zu widerrufen und diesen Beamten wegen der stattgefundenen Uebergriffe und wegen des Mißbrauches der Amtsgewalt zur Verantwortung zu ziehen?

Ist der Herr Minister für Schulwesen und Volkskultur bereit, die vollkommen ungesetzliche Auflösung der 3. Knaben- und 3. Mädchenschule in Saaz durch entsprechende Erledigung des Rekurses sofort zu beheben?

Eine deutsch-nationale Lüge. Die „Nationalen Nachrichten“, mit denen wir uns schon des öftern befaßten, mußten, stellten in einer ihrer letzten Nummern die Behauptung auf, Genosse Belina hätte in der Versammlung des deutsch-nationalen Abg. Dr. Radda in Schönbrunn unter anderem, die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes als eine „Erfindung Seligers“ bezeichnet. Da zu erwarten steht, daß sich die Deutschnationalen bei passender Gelegenheit auf diese Lüge stützen werden — einige ihrer Provinzialblätter gehen heute schon damit freiben — sei festgestellt, daß Genosse Belina die Behauptung der „Nationalen Nachrichten“ ausdrücklich als „dumme und böswillige Verdrehung“ bezeichnet. Genosse Belina hat in Schönbrunn selbstverständlich nicht gesagt, daß das Selbstbestimmungsrecht eine „Erfindung Seligers“ sei, sondern er hat erklärt, daß unsere Partei schon längst vor den Deutschnationalen das Selbstbestimmungsrecht gefordert habe, sodas sie kein Recht haben, sich da die Priorität anzumachen, die damals Abg. Radda beansprucht hatte. Eine Berichtigung durch die „Nationalen Nachrichten“ ist nach der eben Genennung dieser Hafentanzzeitung zu schließen, natürlich kaum zu erwarten.

Die Not der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland. Seit einigen Tagen häufen sich die Meldungen über Ausschreitungen und Plünderungen, die in zahlreichen Städten Deutschlands zumeist von hungernden Arbeitslosen durchgeführt wurden. Der rasende Sturz der Mark und die damit verbundene Sprunghaft sich vervielfachende Teuerung haben es dem Arbeiter in Deutschland unmöglich gemacht, die Kosten auch nur der einfachsten Lebenshaltung erschwingen zu können und so treibt die Verzweiflung die Hungernden und Frierenden auf die Straßen, in denen in den Geschäften eine Hülle und Fülle von allen nur denkbaren Dingen sich häuft. Den Plündergeiern, die sich aus allen Weltteilen und Ländern heute auf den deutschen Markt stürzen, ist natürlich nichts zu teuer. Das arbeitende Volk muß aber verhängern. Vom menschlichen Standpunkt ist es daher nur allzuleicht verständlich, wenn die Massen, aufgereizt durch die Verschwendungssucht der besitzenden Klassen, durch Plünderungen ihr Ziel, sich einmal satt zu essen, glauben erreichen zu können. Am längsten dauerten die Plünderungen in Dresden, wo sie am Samstag begannen und Montag bis in die Nacht immer wieder an neuen Stellen ausgenommen wurden. Die Polizei mußte am Montag wiederholt eingreifen und nahm auch zahlreiche Verhaftungen vor. Auch

gen Bayern entfaltete wurde. Er sei aufgefordert worden, die dunklen Quellen dieser Propaganda aufzuspüren und sie zu verschütten. Das Urteil hält der Justizminister für unanfechtbar und sucht diese Auffassung durch moralische Diskreditierung Nachbarn zu stützen. — Der Redner der Bayerischen Volkspartei, Graf Pestalozza, forderte eine objektive und unparteiische Rechtsprechung. Gleichzeitig richtete er heftige Angriffe gegen den Republikanischen Richterbund, der sich gegen das Fedenbach-Urteil gewandt hatte und forderte den Justizminister auf, gegen die Mitglieder vorzugehen. Den sachlichen Justizminister beschuldigte er der beabsichtigten Politisierung der Justiz, weil dieser seinerzeit erklärt hatte, nur Richter Dabbin zu wollen, die auf dem Boden der Republik stehen. Abg. Adermann (SPD.) wies den Vergleich des Abg. Pestalozza zurück, daß die Hausdurchsuchung im Bureau des Genossen Auer auf die gleiche Stufe mit dem Suchen nach einer gestohlenen Sache zu stellen sei. Er verlangte eine Antwort des Justizministers auf eine größere Zahl von Fragen des Abg. Saenger. Offenbar gehe es dem Justizminister, wie dem Polizeiminister Dr. Schreyer, der auch gegen rechts nicht einschreiten könne. Die Behauptung, daß Dr. Saas, der Vorsitzende des Volksgerichts, gleichzeitig Untersuchungs- und verhandlungsführender Richter gewesen sei, sei nicht widerlegt. Abg. Müller-Meinungen stellte fest, daß das Urteil nicht das materielle Recht verletze. — Nach einer Rede des Kommunisten Schmidt versuchte der Justizminister die in der Debatte gegen ihn gemachten Angriffe zu widerlegen. Dabei gab er eine Erklärung bezüglich der Pressefreiheit ab, die geeignet ist, jeden Journalisten zum Freiwill der bayerischen Justiz zu machen.

Der Prof. Steinberg.

Vertrauens- und Umgebung der Professoren für Rektor Steinberg.

Die von den Professoren Sauer und Wichowski einberufene Versammlung der Professoren und Privatdozenten fand Dienstag, den 21. d., statt und war von 52 Professoren und Privatdozenten besucht. Von acht Professoren waren zustimmende Schreiben eingelaufen. Prof. Dr. Sauer erstattete ein Referat über die Geschichte der Rektorswahl und des Streifes. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am heutigen Tage versammelten Professoren und Privatdozenten verurteilen aufs schärfste das Vorgehen eines Teiles der Studentenschaft gegen seine Magnifizenz, den Herrn Rektor, wodurch die Autonomie der Universität auf das schwerste gefährdet wird. Sie sprechen dem Rektor ihr volles Vertrauen aus und bitten ihn, auf seinem Posten, auf den er durch freie Wahl der Vertreter der gesamten Universität berufen wurde, auszuweichen und die Rektorsgeschäfte ungeachtet aller Schwierigkeiten bis zum Ablauf seiner Amtsdauer persönlich zu führen. Sie versichern den Rektor ihrer tatkräftigen Unterstützung.“

Die sozialistischen Studenten gegen den Beschluß des akademischen Senats.

Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ hält es für überflüssig, zu den Beschlüssen der Sitzung des akademischen Senats vom 20. November ausführlich Stellung zu nehmen. Sie sind eine Folge des Druckes der Streikenden und haben offensichtlich den Zweck, die Entscheidung der Angelegenheit bis zum 26. d. M., an dem eine Tagung des nationalsozialistischen Akademikerverbandes stattfinden soll, zu verschieben. Dies wird selbst von bürgerlicher Seite zugegeben. Wir haben bloß folgendes zu bemerken:

Der akademische Senat hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß entgegen den akademischen Gebräuchen die Unterstützung außenstehender Faktoren angerufen werde. Demgegenüber stellt die Freie Vereinigung fest, daß für sie der Appell an ihre Massen- und Gewinnungsgenossen ein unveräußerliches Recht darstellt, das sie sich selbst dann nicht nehmen lassen kann, wenn der akademische Senat, was leider nicht der Fall ist, bereit und in der Lage wäre, dem Terror der nationalsozialistischen Studenten tatkräftig entgegenzutreten. Im vorliegenden Fall ist die „Freie Vereinigung“ überdies der Ueberzeugung, daß es nur dem energischen und zeitgerechten Eingreifen der Vertreter der Arbeiterklasse zu danken ist, daß der Rektor nicht von den Streikenden und ihren Bundesgenossen aus Professorenkreisen zum Rücktritt gezwungen werden konnte.

Die „Freie Vereinigung“ dankt allen sozialistischen Vertrauensmännern, den Abgeordneten und Senatoren, für ihre bisherige tatkräftige Unterstützung und bittet sie auch für die Zukunft um ihre Hilfe im Kampfe gegen die Reaktion.

Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ bittet schließlich Seine Magnifizenz, den Herrn Rektor, auf seinem Posten zu verbleiben und die Verantwortung für alle Schäden, die der Universität aus dem wahnwitzigen Verhalten der nationalsozialistischen Studenten erwachsen können, den Terroristen und ihren nichtstudentischen Hintermännern zu überlassen.

Die Störung der Vorlesungen vom Schulministerium genehmigt.

Gestern vormittags erschien der Rektor der deutschen Universität, Dr. Steinberg mit den Professoren Senator Raabe und Grosser beim Schulminister Bechthold. Dieser hat nach längerer Besprechung den Herren die Einwilligung gegeben, daß der Universitätsbetrieb noch bis Ende dieser Woche unterbrochen bleibt.

in Berlin kam es am Montag zu größeren Zusammenrottungen; zu Plünderungen ist es jedoch nicht gekommen. Der Ausstand der Arbeiter und Arbeiter in Berliner Kohlenhandlung hat diesen vollständig lahmgelegt. Auf zahlreichen Kohlenplätzen kam es zu Zusammenstößen und die Sicherheitspolizei mußte in mehreren Fällen eingreifen. Auf mehreren Kohlenplätzen wurden die Fensterscheiben und die Türen eingeschlagen. — Der Polizeipräsident von Berlin hat mit Rücksicht darauf, daß nach den Ermittlungen der Polizei während der nächsten Zeit eine planmäßige Steigerung der Plünderungaktionen zu befürchten ist, bis auf weiteres alle Versammlungen, Umzüge und jede Art von Versammlungen unter freiem Himmel verboten, da sie zur Zeit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten.

Ein Königswort. Die bürgerlichen Blätter, die gewissenhaft jedes Königswort registrieren, melden, daß sich König Konstantin von Griechenland, als er zum Verzicht auf den Thron gezwungen wurde, von seinen geliebten Untertanen mit dem bekannten Zitat aus Götz von Berlichingen verabschiedete, indem er den Ministern nach Unterzeichnung des Abdankungsdekretes erklärte: „Ihr könnt mich alle...“. In diesem Gedankenengange dürfte sich die erhabene Gemahlin verabschiedete, indem er den Ministern nach Untertanen haben, das eine ähnliche Liebebezeugung seitens seines davongegangenen Königs wünschenswert erachten dürfte. Wenn König Konstantin wirklich so anspruchsvoll ist, noch im letzten Augenblicke seiner Herrschertätigkeit so wesentliche Leistungen des ganzen Volkes zu verlangen, wird er sich auch zu Gegenleistungen derselben Art bequemen müssen und es ist fraglich, ob er — trotz seiner unfreiwilligen Muße — die Zeit finden wird, die Wünsche der Millionen Griechen in der gewünschten Weise zu erfüllen.

Ein Uebergriff der Prager Polizei. Unter diesem Titel berichteten wir vor einigen Tagen, daß die Prager Polizei die Affizierung des Platzes verboten, auf welchem die arbeitende Bevölkerung zum Besuche der internationalen Angestelltenkundschaft, welche am Freitag stattgefunden hat, eingeladen wurde, weil sich unter der tschechisch geschriebenen Einladung neben den verschiedenen Unterschriften der tschechischen Verbände auch zwei deutsche Unterschriften befanden. Wie wir nun erfahren, sind diese Schwierigkeiten nicht von der Polizei, sondern vom Prager Magistrat sowie der Platzierungsanstalt ausgegangen und erst die Intervention eines Abgeordneten bewirkte es, daß die Polizei entschied, daß die Plakate mit den deutschen Unterschriften aufgelöst werden können.

Die Militärbesatzung wütet. Wie ein französischer Major mit dem Leben eines wehrlosen „Feindes“ umspringt, zeigt eine Bluttat in Wiesbaden, die zum Tode des deutschen Invaliden Max Cohn führte. Cohn bewohnte mit seiner Frau, einer Schwweizerin, seit fünf Jahren in einer Villa im Reroial eine Vierzimmerwohnung. Als die Villa zu Beginn des Jahres von einer Witwe Baum gekauft wurde, bei der Major Dupic lebt, wurden die Eheleute Cohn von dem Franzosen nicht nur gezwungen, sich mit einer Manfarge ohne Licht, Wasser und Heizung zu begnügen, sondern auch fortgesetzt in der gemeinsten Weise schikaniert, beleidigt und tätlich angegriffen, sodas mehrere Prozesse vor den Gerichten spielten. Da Cohn vom Wohnungsamt keine andere Wohnung zugewiesen erhalten konnte, mußte er die Drangsalierungen des Majors in Kauf nehmen. Am Freitag abend unterlag ihm der Major, ein neu gekauftes Bett in der Manfarge aufzustellen. Als Cohn sich um das dreiste Verbot nicht kümmerte, schlug ihn der Major und stürzte in seine Wohnung, um, wie die Frau von Frau Cohn jurist, einen Revolver zu holen. Cohn, der übrigens stark lahmt und Ganzinvalide ist, stand noch auf der Gartentreppe, um das Bett herbeizuholen, als Dupic durch einen Spalt der Tür auf ihn schoss und ihn am Bein verletzte, sodas er in den Garten fiel. Dann stürzte der Major in vierfacher Wut auf ihn und gab noch vier Schüsse ab, von denen zwei in den Kopf und zwei in den Unterleib gingen. Dupic traktierte den tödlich Verletzten noch mit Fußtritten. Auch auf einen zwölfjährigen Jungen, der in Cohns Begleitung war und hilfesuchend auf die Straße lief, feuerte der Major, ohne ihn allerdings zu treffen. Dupic wurde, wie bereits gemeldet, von der deutschen Polizei in Haft genommen. Er gab an, von Cohn angegriffen zu sein, und wies auf eine Wunde an der Hand, die angeblich von einem Messer herriühren sollte. Herzlichkeits wird die letzte Angabe angezweifelt; man nimmt an, daß die Wunde von Dupic selbst verursacht wurde, um einen Beweis für seine Behauptungen vorzutauschen. In der Verhandlung eines Beleidigungsprozesses Cohns gegen Dupic hat der Major, wie protokolliert ist, angegeben, daß er Cohn noch einmal erschossen werde. — Cohn ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Die Stimmung der Bevölkerung, die bereits durch die vielen Fälle rohesten Benehmens der in den requirierten und abgemieteten Wohnungen untergebrachten Franzosen aufs äußerste erregt ist, kann man sich nach einer solchen Bluttat wohl vorstellen.

In einer Straßengrube ertrunken. In Budapest hat sich der unglückliche Fall zugetragen, daß ein Betrunkener in einer — Straßengrube ertrank, in die er gefallen war. Es handelte sich bei dieser Pfüte tatsächlich nur um eine ganz gewöhnliche Straßengrube, die vom letzten Regen stehen geblieben war. Nach dieser Meldung scheint also das Betreten der Straßen der rumänischen Hauptstadt

stahl geradezu lebensgefährlich zu sein. Die Pulverfabrik „Aurora“ schreibt über den Entzündungstod in der Straßenspülung: „Der Bürger Alie Stancu aus der von Herrn Georges Corbeu verwalteten Stadt hat sich Sonntag abends angegründet und hat, schwankend und unsicher den Heimweg angetreten. Die Dammier rüsteten es bisher, an Straßenspülern anzustößen, von der Tramway überfahren oder von Apachen ausgeplündert zu werden. Wahrscheinlich hat auch Alie Stancu, an diese Gefahren gewöhnt, sorgsam nach rechts und nach links, sowie nach vorne ausgedrückt. Aber er hat es vergessen, nach unten zu schauen und diese Unterlösung war ihm verhängnisvoll. Denn im liberalen Bularest drohen Gefahren aus allen vier Weltrichtungen. In der Strada Filostea Ogeorghi gelang, sah sich der unglückliche Alie plötzlich an den Ufern eines Sees, den die letzten Regengüsse gefüllt hatten. Ueber seine eigenen Füße stolpernd, fiel Alie in diesen See, sein Kopf versank im Wasser und er ertrank. Ja, er ertrank auf den Straßen von Bularest, gerade als ob er sich in die Donau gestürzt hätte.“

Mutige Zusammenstöße in Dresden. Die „Prager Abendzeitung“ berichtet, daß nach Meldungen aus Dresden es dort am Montag abends zu schweren Zusammenstößen gekommen ist. Der Ausrühr wütete in verschiedenen Teilen der inneren Stadt und konnte bis in die späten Nachtstunden nicht unterdrückt werden. Große Massen jugendlicher Demonstranten sammelten sich auf dem Altmarkt und empfingen die Polizisten mit Geiseln. Diese mußten schließlich von der blanken Waffe Gebrauch machen. Anscheinend sind viele, aber nur leichte Verletzungen vorgekommen. Insbesondere wurde mit schweren Gummiwappeln geschlagen. In äußerster ersten Revolten kam es dann in der Gegend beim Hauptbahnhof. Es wurde festgestellt, daß aus der Menge Steine gegen die Polizisten geschleudert wurden; einige Schutzleute wurden durch Messerstiche verletzt. In Plünderungen ist es aber nicht gekommen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, darunter zwei Ausländer. Wir wissen nochmals fest, daß es sich um einen Bericht der „Pr. Abendztg.“ handelt. (D. Red.)

„Geschichte des Weltkrieges“ an der Pariser Universitäts. Die „Gesellschaft für Kriegsgeschichte“ in Paris hat der Universität die Mittel zur Verfügung gestellt, an der Sorbonne einen Lehrstuhl für die Geschichte des Weltkrieges zu errichten, dessen Sturze bereits im Dezember beginnen sollen. Der Konservator der Bibliothek des Kriegsmuseums, Pierre Renouvin, ist mit diesem Lehrstuhl betraut worden. Das erste Jahr wird dem Studium der unmittelbaren Ursachen des Konfliktes, von dem Attentat von Sarajewo bis zur Kriegserklärung gewidmet sein. Im Laufe des zweiten Jahres sollen die eigentlichen Quellen der Kriegsgeschichte in der Handlung werden. Der Vortragende beabsichtigt, Texte und Dokumente vorzulegen, ohne eine Polemik zu eröffnen, noch eine Gegenpropaganda einzuweisen gegen die Deutungs Deutschlands, die von den französischen Blättern als unrichtig bezeichnet werden.

Mitglied des chinesischen Kabinetts. Nach einer Meldung aus Peking hat der Vorsitzende der Kammer die Verhaftung des Finanzministers gefordert und zu diesem Zweck beim Präsidenten der Republik eine Anklage gegen ihn eingereicht. Das chinesische Kabinetts ist zurückertritten, weil die Verfassung auf Grund eines einfachen Polizeimandates vorgenommen wurde.

Der „üble Lebenswandel.“ In der „Arbeiterzeitung“ finden wir nachstehenden für die Willkür eines Pfarrers bezeichnenden Bericht: In Streik starb vor einigen Tagen der Hilfsarbeiter Genosse Jasta. Die Lebensgefährtin des Verstorbenen ging zum Pfarrer Repplinger, um mit ihm wegen der kirchlichen Beerdigung zu sprechen. Doch der Pfarrer erklärte ihr, er werde den Toten wohl einsegnen, aber seines Lebenswandels wegen könne er ihm die Sterbegänge nicht läuten lassen, auch werde er für ihn keine Seelenmesse lesen. Der nach Ansicht Repplingers üble Lebenswandel Jastas hat nämlich darin bestanden, daß Jasta ohne Ehe mit einer Frau zusammengelebt hat! Nun, der verstorbene Genosse wird sich über den Umgang der Seelenmesse und des Sterbeglockens trösten. Den lebenden Genossen und Genossinnen diene aber der Fall als Lehre, daß sie sich viel Kränkung ersparen können, wenn sie in allen Lebenslagen auf die Bemühungen der Amtsträger verzichten, deren Grundgesetz ist: „Tut, wie ich spreche, aber tut nicht, wie ich handle.“

Verhinderung eines großangelegten Schmuggels. Dieser Tage fiel einem sächsischen Zollbeamten im Zuge von Oberhau nach Reichenbach in Sachsen eine Gesellschaft, zwei Frauen und ein Herr, auf, da sie sehr viele große Pakete mitbrachten. Er hielt die drei Reisenden an. Der Herr stellte ihm die Frauen als Braut und zukünftige Schwiegermutter vor und wollte ihm einreden, sie seien Reichdeutsche, die sich die Brautausstattung in Dresden eingekauft hätten. Dem Finanzbeamten kam die Sache verdächtig vor und er verhaftete die drei Reisenden. Bei der Untersuchung stellte es sich nun heraus, daß die drei einander überhaupt nicht näher kennen und daß sie in Schweslowa sind. In den Paketen fand sich zwar keine Brautausstattung, dafür aber ein ganzes Warenlager im Werte von über eineinhalb Millionen Mark von folgenden Verbrauchsgütergegenständen: ein Gehdecker, ein Herrengehäkel, zwei Damenhüte, vier Damenkleider, zwei Damenmäntel, sieben Damenblusen, ein Kinderkleid, 20 Frauen- und Mädchenhöschen, sechs Handtaschen, 16 Paar Herrenstrümpfe, elf

Paar Damenstrümpfe, sieben Damenröcke, zwei Paar Hosenträger, zwei Hemden, ein halbes Dutzend silberne Löffel, einige Meter Bettzeug und Gardinenstoff. Der Herr machte bei der Verhaftung den Versuch, den Finanzbeamten mit 300 Kronen zu bestechen. Die Schmuggler wurden dem Amtsgericht in Oberhau eingeliefert.

Dreifacher Mordversuch bei Gaha in Mähren. In der Kolonie Rosenthal bei Gaha erkrankten am Montag die Arbeiterin Hermine Wagner, ihr Sohn Josef und ihre Tochter Marie an Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Kartoffelknödeln. Durch die Nachforschungen der Gendarmerei wurde gegen Christl Wagner, den Gatten der erkrankten Frau, der im Arsenal in Obwohld bei Brünn beschäftigt ist, derart belastendes Material zutage gefördert, daß man zu seiner Verhaftung schritt. Wagner hat nach anfänglichem Leugnen die Tat eingestanden. Er hat in das Wehl, aus dem seine Frau die Knödeln bereiten wollte, Bleiweiß und Kremselweiß sowie fein zerstoßene Glascherben gemischt, um seine Frau, die ihm das Leben durch ihre Streiftucht verleidet hatte, zu vergiften. Wagner bekennt es, daß auch seine Kinder durch die Folgen seiner Tat in Mitleidenschaft gezogen wurden, gegen seine Frau habe er jedoch einen so wahrhaftigen Haß empfunden, daß er sein Attentat gegen diese nicht bereue. Frau Wagner und das Mädchen ringen mit dem Tode. Der Sohn dürfte am Leben bleiben.

Die heutige Fortsetzung des Romanes mußte wegen Raummangels zurückgestellt werden.

Der Neubau der tschechischen technischen Hochschule in Prag soll auf einem Grundstück in Prag-Dejwitz bei der Kollarstraße im nächsten Frühjahr begonnen werden. Die technische Hochschule sollte zuerst auf der Veina errichtet werden, doch erwies sich das zur Verfügung gestellte Grundstück als ungenügend.

Die 1. Internationale Zeitungsausstellung in Prag unter dem Protektorat des „Tschechischen Journalisten-Bereines“ vom 12. bis 18. Dezember d. J. wird die ganzen drei Stadwerke des größten Prager Saales in der „Lucerna“ einnehmen. In einer übersichtlichen Reihenfolge werden etwa 20.000 Exemplare Tagesblätter, Revuen und Zeitschriften der ganzen Welt aufgelegt. Der Eintrittspreis wurde auf 3 K pro Person festgesetzt. Für Massenbesuche diverser Korporationen, Erziehungsanstalten und Vereine haben die Veranstalter einen herabgesetzten Preis von 1 K gemacht.

Muttermord. Dem Gemeindevorstand in Tilmahy in der Slowakei wurde gemeldet, daß die 60jährige Marie Gahpál in dem Brunnen des Anwesens ihres Sohnes, bei dem sie wohnte, ertrunken sei. Aber als der Notar die Leiche besichtigte, fielen ihm Wunden im Gesicht und Würgespuren am Halse der Leiche auf. Der Gendarmerei gelang es den Sohn zu dem Geständnis zu bringen, daß er seine Mutter abends während der Dunkelheit auf dem Hofe erwürgt, sodann die Leiche in den Brunnen geworfen habe, worauf er zum Zwecke der Verdeckung seines Verbrechens die Kette am Brunnen durchseilt habe. Als den Grund der entsetzlichen Tat gab er an, daß sich seine Mutter nicht mit seiner Frau vertragen konnte.

Schwerer Unglücksfall in Teplic. Montag nachmittags begab sich der zwölfjährige Volksschüler Gerhard Pabony in den Gläsernen Garten in Teplic, um die Leiche zu besichtigen. Da diese geschlossen war, vergnügte sich der Knabe damit, auf einem Bombstocher, das das eiserne Zierengeländer abschloß, Turnübungen auszuführen. Das Bombstocher brach und der Knabe stürzte aus dem ersten Stockwerk hinunter, wobei sein Kopf auf einen eisernen Schuttpfosten aufschlug. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und eine Schädelbruchfraktur. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Kleine Chronik.

Erdböhe in Nordafrika. Am 19. und 20. d. M. wurden in der Nähe der Stadt Cavignat einige Erdböhe verifiziert. Einige Gebäude wurden erheblich beschädigt, sodass die Bewohner dieser Häuser ausziehen mußten. Ob Opfer zu beklagen sind, ist aus den vorliegenden Nachrichten nicht zu ersehen.

Piratenüberfall auf einen englischen Dampfer. Aus Hongkong wird gemeldet: 66 Piraten, welche als Passagiere reiten, bemächtigten sich des englischen Dampfers „Suhan“, welcher mit zahlreichen Reisenden aus Hanoi nach Hongkong auf der Fahrt begriffen war. Sie sperrten die Schiffsbefehlsung und die Passagiere in die Kabinen und setzten diejenigen, welche ihnen Widerstand entgegensetzten. Hierauf bestahlen sie die Reisenden und flüchteten mit der Beute auf Dschunken.

Eine Alkoholfabrik in Amerika zur Unterdrückung ehemaliger Kriegsteilnehmer. Wie aus Washington berichtet wird, hat der Republikaner Hill im Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf betreffend die Zahlung von Unterhaltungen an ehemalige Kriegsteilnehmer eingebracht. Die notwendigen Mittel sollen durch die Besteuerung von alkoholischen Getränken, die keinen größeren Alkoholgehalt als zweidreiviertel Prozent haben, aufgebracht werden.

Die englischen Wahlen und die Post. Nach den vorläufigen Schätzungen der englischen Postverwaltung sind während des ersten Teiles der Wahlperiode annähernd 100 Millionen Postsendungen mit Wahlaufrufen, Stimmzetteln und anderen Drucksachen von den verschiedenen Kandidaten durch die Post verschickt worden. Da nach dem englischen Wahlgesetz die Sendungen der Wahlkandidaten Postfreiheit genießen, so hat die Beförderung des Wahlmaterials für die Post einen Portoausfall von 208.000 Pfund Sterling gebracht. Da man annehmen muß, daß bis zum Wahltag noch mindestens ebensoviel Wahlmaterial verschickt ist, so darf man also mit einer Gesamtsumme von 200 Millionen postalischen Sendungen rechnen. Bei der Wahl von 1918 stellte sich die Leistung der Post auf 40.180.000 Sendungen.

Telegramme.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Die D. S. P. will mit der R. P. D. verhandeln. Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Der Landesparlamentarischer Vereinigten Sozialdemokratie Sachsens hat an die Parteileitung der sächsischen Kommunisten ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit der Mehrzahl der kommunistischen Forderungen einverstanden erklärt, da sie sich teilweise mit den sozialdemokratischen decken. Ein Teil der Bedingungen sei schon erfüllt, ein weiterer in Angriff genommen. Soweit sie zur Kompetenz des Reiches gehören, sei man gewillt, von Sachsen aus für sie zu wirken. Das Verlangen, alle das Protektorat betreffenden Befehle den Delegierten vorzulegen, wurde abgelehnt, da diese ein Organ der Gewerkschaftsbewegung seien und die Gewerkschaften schon früher in solchen Fällen zu Rate gezogen wurden. Eine Verständigung auf Grund des ersten sozialdemokratischen Schreibens wird für möglich erklärt. Wenn die Kommunisten einverstanden seien, sollten sie eine klare Antwort erteilen, damit beide Parteien in mündlichen Verhandlungen sich über ein Regierungsprogramm einigen.

Eine Anschlusskundgebung in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 21. November. (Wolff.) In der historischen Pauluskirche veranstaltete heute der österreichisch-deutsche Volksbund unter Leitung des Reichstagspräsidenten Löbe eine Kundgebung für den Anschluss Österreichs an die Deutsche Republik und die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Löbe erklärte u. a.: Solange die Einheit nicht politisch verwirklicht werden kann, soll Deutschland sich die Pflege kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu Österreich angelegen sein lassen. Ferner sprachen u. a. der Schriftsteller Grafmann (Berlin) und Gesandter von Semmich für die deutsche Volkspartei.

Neuerliche Unruhen in Braunschweig.

Braunschweig, 21. November. (Wolff.) Auch heute abends kam es in der ganzen inneren Stadt zu erheblichen Unruhen und Geschäftsplünderungen. Die Polizei trieb die Menge mit der blanken Waffe auseinander.

Der Redakteur der „Roten Jahne“ ausgewiesen.

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Der preussische Innenminister hat die Zurückweisung der Ausweisung des Redakteurs der „Roten Jahne“ Süßkind abgelehnt. Süßkind ist heute mit dem internationalen Zug nach Moskau abgereist. Zwei Kriminalbeamte begleiteten ihn bis zur Grenze.

Die Genfer Konvention.

Wien, 21. November. (AP.) Der zur Vorbereitung der Genfer Konvention vom Nationalrat eingesetzte Sonderausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die drei Genfer Protokolle gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zum Beschluß erhoben. Bei der Beratung des dritten Protokolles, das die Bestimmungen über die Kontrolle und die außerordentlichen Vollmachten an die Regierung zur Durchführung des Sanierungsprogrammes enthält, brachten die Mehrheitsparteien in Form eines Initialabnarrages den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes ein, das bestimmt, daß zur Ausübung dieser außerordentlichen Vollmachten für die Zeit bis zum 31. Dezember 1924 ein außerordentlicher Kabinettsrat eingesetzt werde, der sich aus den Mitgliedern der Regierung sowie aus 25 vom Nationalrat nach dem Grundgesetz der Verhältniszahl gewählten Staatsräten zusammensetzt. Die Beratung über diesen Gesetzentwurf wird in der morgigen Sitzung des Ausschusses erfolgen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gab der Sozialdemokrat Adler die Erklärung ab, daß die Zeitungsmittelteilung, wonach irgend ein Pakt zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung zustande gekommen sei, jeder Grundlage entbehre. Die sozialdemokratische Partei stehe wie bisher auf dem Standpunkt, daß sie nicht nur die Genfer Protokolle, sondern auch das Sanierungsprogramm ablehnen werde.

Heute nachmittag fand auf Einladung der preussischen Delegation des Völkerverbundes ein Meinungsaustausch der Delegation mit den Führern der sozialdemokratischen Partei statt.

Beneid über die entropäischen Probleme.

Paris, 21. November. (Havas.) „Echo National“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern Dr. Beneid. Dieser erklärte: Wir haben kein direktes Interesse an der Orientfrage, werden jedoch als Alliierte Jugoslawiens und Rumaniens deren Standpunkt unterstützen, ohne irgend eine Initiative zu ergreifen. Die Reparationsfrage ist verwickelter als jemals vorher. Die Stabilisierung der Mark ist eine dringende Angelegenheit und sie läßt sich durchzuführen, wenn die Alliierten gegenüber Deutschland einig sein werden. Unser Verhältnis zu Polen ist gut und wir können hoffen, daß es sich noch bessern wird. Sobald die Favorita-Angelegenheit bereinigt sein wird, wird keinerlei Ursache für Differenzen zwischen den beiden Ländern zurückbleiben. Das Verhältnis zu Ungarn scheint den Beginn einer Besserung anzudehen. Wenn es dank dem Handelsvertrag zu einer wirt-

schäftlichen Annäherung kommt, können wir die Hoffnung setzen, daß alle politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten verschwinden werden. Ueber die Sabsburger wird nicht mehr verhandelt. Erzherzog Joseph wünscht seinem Lande nur Ruhe und Sicherheit, deren es bedarf, um aus den leidigen Nachkriegsverhältnissen herauszukommen. Obwohl ich mich nicht in die innere Politik Italiens einmengen will, möchte ich doch gerne sagen, daß die Einsetzung der faschistischen Regierung meiner persönlichen Meinung nach den Vertrag von Rapallo nicht gefährdet. Die Vergangenheit gefastet nicht, an der Loyalität Italiens zu zweifeln.

Die Eröffnung der Orientkonferenz.

Lausanne, 21. November. Die erste ordentliche Sitzung der Orientkonferenz wurde heute vormittags um 11 Uhr im Chateau d'Origny eröffnet. Sie war ausschließlich der Organisation der Konferenz gewidmet. An der Spitze der englischen Abordnung erschien Lord Curzon. Poincaré und Mussolini, welche den Delegationen nicht angehören, nahmen an der Sitzung nicht teil. Die türkische Delegation erschien vollständig, darunter Ismet Pascha, Nuri Bey und Reshid Sefik Bey. Die griechische Abordnung führte Venizelos. Die Verhandlungen dauerten bis gegen 1 Uhr und waren streng geheim. Ein Bericht wurde noch nicht ausgegeben.

Lausanne, 21. November. In ihrer heutigen Vormittagsitzung, der Lord Curzon präsiidierte, beschloß die Konferenz, drei große Ausschüsse zu bilden. Der erste Ausschuss wird sich mit den militärischen und territorialen Fragen sowie dem Meerengenproblem befassen. Präsident ist Lord Curzon. Der zweite Ausschuss hat die Stellung der Fremden in der Türkei und die Minoritätenfrage zu präsen. Präsident ist der italienische Delegierte Caroni. Der dritte Ausschuss, in welchem Barrère den Vorsitz führt, soll sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Die zweite Sitzung der Konferenz begann heute nachmittags 4 Uhr.

Internationale Wiederaufbau-Konferenz in Paris.

Berlin, 21. November. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus Paris tagt dort im Saale des Allgemeinen Arbeiterbundes seit gestern eine internationale Konferenz von Gewerkschaftsverbänden, die über die Verwendung fremder Arbeiter bei den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich berät. Vertreten sind außer Deutschland und Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Ungarn, Italien, England, Holland und Luxemburg. Für die deutschen Gewerkschaften sind die Genossen Silber Schmidt und Telpow erschienen. Dieser erklärte, die deutschen Gewerkschaften seien entschlossen, an Wiederaufbau mitzuarbeiten, nicht um deutsche Arbeitslose unterzubringen, sondern aus moralischen Gründen. Die Gründung eines internationalen Bureaus, das fremde Arbeiter anwerben und für sie sorgen soll, wurde beschlossen.

Kein Frauenwahlrecht in Frankreich.

Paris, 21. November. (Havas.) Der Senat lehnte mit 156 gegen 134 Stimmen eine weitere Diskussion über Artikel und Anträge, durch welche den Frauen das Wahlrecht und die Wahlbarkeit zuerkannt werden soll, ab. Das Ergebnis der Abstimmung gleicht an Stimmenanzahl der Antropabschnung.

Ein blutiger Arbeiterkongress in Madrid.

Madrid, 21. November. (Havas.) Heute fand im Volkshause ein Kongress der Arbeiterunion statt, dem Johanz und ein holländischer Abgeordneter als Vertreter der Amsterdamer Internationale beizuhören. Als dieser das Wort ergreifen wollte, verhinderten dies die spanischen Gewerkschaften. Es kam zu einem Handgemenge, wobei mehrere Schüsse gewechselt wurden, durch die eine Person getötet und mehrere verwundet wurden.

Eine Föderation der Sowjetrepubliken.

Moskau, 20. November. Wie die Russische Telegraphen-Agentur aus Tiflis meldet, findet am 10. Dezember in Baku eine transkaukasische Katakonzferenz statt, die sich mit der Frage der Vereinigung der Sowjetrepubliken und mit der Bildung einer transkaukasischen Föderation beschäftigen wird. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Ischwitja“ erklärte der Vorsitzende des ukrainischen Rates der Volkskommissare zu dem Pläne der Vereinigung aller Sowjetrepubliken, daß durch einen Vertrag mit Sowjetrußland die Kommissariate der beiden Republiken für Kriegswehren, Außenhandel, Arbeit, Finanzen und Verkehrtwesen sowie die Obersten Wirtschaftsräte der beiden Republiken vereinigt werden sollen.

Der „allerhöchste“ Zentrallegationsauschuss . . .

Moskau, 19. November. Der allerhöchste Zentrallegationsauschuss (ZCLA) hat offiziell die Republik des Fernen Ostens der russischen föderativen Sowjetrepublik einverleibt.

Gegen die Reaktion! — Gegen das Hakenkreuzlerium!

Mittwoch, 22. November 1922, pünktlich halb 9 Uhr abends im Großen Uraniasaal des Deutschen Handwerkervereines, Prag, Smetschtagasse

Öffentliche Volksversammlung.

Tagessordnung:

Der Angriff der Hakenkreuzler auf die Univerfität.

Referenten: Abg. Genosse Hillebrand und Senator Univ.-Prof. Genosse Wicchowski.

Gerichtssaal.

Lebemann und Verbrecher.

Prag, 21. November. Wer den jungen Menschen, der sich heute vor einem Sizofenat wegen Veruntreuung und Betrug zu verantworten hatte, gesehen, der würde es nicht für möglich halten, daß dieser Junge im letzten Winter ein ständiger und gerungelter Gast in fast allen Prager Nachtlokalen gewesen ist. Denn alles, das ganze Auftreten, die Ungelenkigkeit der Sprache und der gebückte, schleifende Gang würden eher dafür sprechen, daß Adolf S. noch niemals jene Stätten besucht hat. Und doch: wenn man die wie Leder braun gewordenen, müden Augenlider und die Falten unter den Augen betrachtet, so weiß man sofort, daß dieser junge Mann — ein 21-jähriger Jüngling noch — bereits mehr gesehen und erlebt, als sonst ein Handelskassistent mit 1000 K monatlichem Gehalt in Prag sich leisten kann. S. mochte, wie es in der Anklageschrift heißt, an manchen Abenden Zechen von über 200 K und lebte mit einem Kollegen, für den er meistens alles bezahlte, in Sauf und Braus. Hatte er dann kein Geld, wenn das Gehalt aufgebraucht, so unterschlug er im Geschäft größere Beträge und fälschte die Eintragungen. An 10.000 K hat er sich so verschafft, um sie binnen kürzester Zeit dem „Großstadtleben“ in den Rachen zu werfen. — Mit seinem Freunde, den man beschuldigt, von dem rechtswidrigen Tun des S. gewußt zu haben, sah der junge Mann heute auf der Anklagebank. Im nüchternen Gerichtssaale wirkte, wie schon eingangs gesagt, der Angeklagte kaum als „Lebemann“, eher noch als dümmere Junge. Da er seine Schuld nicht leugnete und das Beweidsverfahren lückenlos war, war die Verhandlung bald zu Ende. Sechs Monate Kerker lautete das Urteil. Der gute Freund wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Der junge Lebemann, der, unerfahren, wie er war, geglaubt hatte, daß seine Männlichkeit am besten im maßlosen Genießen sich bewähren müsse, hat seine Dummheit bitter bezahlen müssen.

21 Bahndiebe vor Gericht.

Prag, 21. November. Heute begann vor einem Straßengericht unter Vorsitz des O. B. S. v. K. die Verhandlung gegen eine Bande von 21 Eisenbahndieben, die in den ersten Monaten des heurigen Jahres auf den Bahnhöfen in Satař, Káboř und Šelb große Diebstähle und Waggoneinbrüche durchgeführt hat. In dieser Bande befindet sich die mehrköpfige Familie Hrdlička aus Káboř, deren Mitglied, Johann Hrdlička, als Führer der Bande angesehen werden kann. Nachgefragt sind der Bande: ein Diebstahl von Baumwolle im Werte von 8808 K, von Stoffen im Werte von 2479 K und eine Anzahl kleinerer Einbrüche, deren Beute in die Zehntausende geht. Bei Johann Hrdlička wurden bei einer Hausdurchsuchung gestohlene Riemen, Stoffe, Anzüge aus gestohlenen Stoffen und sonstige gestohlene Gegenstände gefunden. Die Verhandlung ist auf drei Tage anberaumt. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Šonfa.

Baltwirtschaft und Sozialpolitik.

Für die Neuregelung der Ortszulagen der Staatsbediensteten und die in dem vom Staate verwalteten Unternehmen und Fonds-Beschäftigten sprich sich ein Gesetzesentwurf des Abgeordneten Großen Grünzner und des Abgeordneten Brodsky aus. Die Grundzüge des Gesetzesentwurfes sind folgende: Die Aktivitätszulage der Staatsbediensteten der 4. bis 2. Rangklasse beträgt 12.000 K jährlich in vier vierteljährigen im vorhinein zu zahlenden Beträgen. — Den Staatsbediensteten der 5. bis 11. Rangklasse gebührt neben dem Gehalte noch die Ortszulage, welche beträgt: Für Groß-Prag 75 Prozent des Gehaltes, höchstens jedoch 8000 K. In den anderen Orten der 1. und 2. Klasse 95 Prozent, der 3. Klasse 85 Prozent der aus den für Prag entspringenden Beträgen. — Den in die Kategorie der Bediensteten und Unterbeamten gehörigen Staatsbediensteten gebührt neben dem Gehalte auch eine Ortszulage, welche beträgt: Für Groß-Prag 75 Prozent des Gehaltes. In anderen Orten der 1. und 2. Klasse 95 Prozent und in Orten der 3. und 4. Klasse 85 Prozent der für Prag resultierenden Beträge. Die auf die Ortszulagen entfallenden Beträge sind auf die nächst höheren durch vier teilbaren Beträge zu ergänzen. — In die Pensionsbemessungsgrundlage der Zivilstaatsbediensteten und der in die

Kategorie der Unterbeamten und Bediensteten gehörigen Staatsbediensteten sind 50 Prozent der Prager Ortszulage der betreffenden Stufe einzurechnen. Den im Genosse von Funktionszulagen stehenden Beamten der 4. bis 2. Rangklasse wird in die Pensionsbemessungsgrundlage ein Betrag von 6000 Kronen eingerechnet. — Die Funktionszulagen der Direktoren, Leiter und Sachverständigen werden um das Doppelte erhöht. — In der Begründung wird auf die Verteuerung des Mietzins hingewiesen und auf die Notwendigkeit, der Verteuerung der Wohnungen durch eine angemessene Erhöhung der Orts- und Funktionszulagen zu paralisieren. — Der erforderliche Aufwand von 250 Millionen Kronen soll von dem im Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung erzielten Ersparnissen gedeckt werden.

Ein Gesetz gegen die Kapitalflucht. Dem deutschen Reichstag ist ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Kapitalflucht zugegangen, der jede Kapitalausfuhr von der vorherigen Genehmigung des Finanzamtes abhängig macht. Von dieser Genehmigung sind nur jene Unternehmungen befreit, denen die zuständige Handelskammer bescheinigt, daß ihr gewerblicher Betrieb regelmäßige Zahlungen nach dem Auslande notwendig macht. Außerdem soll die verschleierte Kapitalflucht durch Warenexport verhütet werden.

Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland. Wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, ist die Ausfuhr von Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zugelassen worden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Edw. Frank	16.75
Berlin	Edw. Frank	195.50
Wien	Herr. Kr.	2325.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1253.00	1257.00
100 Mar.	0.47.00	0.57.00
100 schwed. Frank.	501.00	501.00
10 Lire	148.75	150.25
100 franz. Frank.	239.25	237.75
1 Pfund Sterling	142.25	143.75
1 Dollar	31.55.00	31.9.00
100 belg. Frank.	217.50	219.0
100 Dinar	49.00	49.50
100 österr. Kronen	0.04.75	0.05.75
100 poln. Mark	0.15.50	0.25.50
100 maghar. Kronen	1.28.25	1.38.25

Züricher Schlusskurse.

Berlin	0.08.12	Paris	39.70.00
Wien	0.00.78	Mailand	25.15.00
Prag	16.75	Ludwigshafen	0.22.25
Sofia	210.40	Belgrad	0.02.10
New York	5.33.00	Warschau	0.03.50
London	23.07.00	Brüssel	0.00.75

Aus der Partei.

Die Kommunisten am Ende ihres Latens. Immer deutlicher zeigt es sich, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von Deutschböhmen mit den Kommunisten und mit der Gefahr, die ehemals von dieser Seite her drohte, längst fertig geworden ist. Unsere Versammlungen in den Industrieorten des Randgebietes gehen über etwaige Kommunisten, die sich hier und da immer noch in Gastrollen gefallen, ohne viel Federlesens zur Tagesordnung über. Und dies umso mehr, als die Kommunisten, die früher mit ihren radikalen Verheißungen und revolutionär klingenden Phrasen einen Teil der Masse fortzureißen versuchten, heute nurmehr Lachen erwecken, wenn sie nach ihrem Programm gefragt, ratlos dreinschauen und so sehr lebhaft an den bekannten Greis auf dem Dache erinnern. So ähnlich erging es auch dem Reichsberger Kommunisten Bauer am Sonntag in Steinschönau. Genosse Cermak hatte Samstag abends in einer sehr gut besuchten Versammlung in Franzenthal, Illgersdorf ein zweieinhalbstündiges Referat über die Wirtschaftskrise und die politische Situation abgehalten und sprach dann am Sonntag vormittags über denselben Gegenstand in einer ebenfalls sehr gut besuchten Versammlung in Steinschönau. Nach dem Referat sprach Cermak zwei Stunden lang zunächst so ziemlich im selben Sinne wie jener der Kommunist Bauer über die Weltwirtschaftskrise. Der entscheidende Unterschied aber zwischen uns und den Kommunisten ist nach Bauer der, daß wir von einem Wiedereinstellen des Kapitalismus sprechen, während die Kommunisten meinen, daß ringum nur

Verfallserscheinungen zu verzeichnen wären, die es dem Proletariat ermöglichen, die politische Macht zu ergreifen. Und dann forderte er zum „revolutionären Kampf“ auf. Als ihn nun Genosse Cermak in einem Zwischenruf aufforderte, doch zu sagen, was er sich unter diesem „revolutionären Kampfe“ vorstelle, erklärte Bauer unter Stammeln, wir müßten uns alle zusammen schließen und — eine Demonstration veranstalten. Also das ist die Parole der Kommunisten! Man kann sich vorstellen, wie die in wirklich revolutionären Kämpfen erprobten Arbeiter Nordböhmens über diese „Bekanntnis zur Revolution“ denken. — In der Versammlung in Steinschönau meldete sich dann nach dem Genossen Dörfel aus Steinschönau noch ein Kommunist zu Worte, jedenfalls, um einem dringenden Bedürfnis der Versammlung abzuhelfen, die dann nach fünfständiger Dauer mit einem Schlußworte Cermaks ihr Ende fand. Am Nachmittag fand mit derselben Tagesordnung noch eine ausgezeichnete besuchte Versammlung in der Turnhalle in Böhm.-S. am 11. statt, in der sich nach dem Referat des Genossen Cermak wiederum Bauer aus Reichsberg zum Worte meldete. Da aber die Kammler Arbeiter von den Steinschönauer Genossen hinsichtlich über den wertvollen Beitrag unterrichtet worden waren, den Bauer zur Versammlung in Steinschönau geliefert hatte, begnügten sie sich damit, den Kommunisten während einer 15minütigen Redezeit anzuhören. Auf seine Ausführungen antwortete dann in trefflicher Weise Genosse Sienka aus Böhm.-S. am 11. Dann sprach noch ein zufällig anwesender sächsischer Kommunist, dem Genosse Cermak in seinem Schlußworte erwiderte. Der Verlauf der Versammlung, in der die Kommunisten sehr heftige und kräftige Zwischenrufe einstecken mußten, dürfte ihnen wohl gezeigt haben, daß die Arbeiter auch des Bodenbacher Gebietes von ihnen und ihren Phrasen genug haben.

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung „Das vierte Gebot“, Gastspiel Rudolf Droll. Sonntag, den 26., halb 8 Uhr nachmittags im Neuen Theater. Kartenverkauf bei Droll, Deutscher, Graben 25, Kleiner Bazar.

Neues Theater. Heute, den 22.: „Bohème“; Donnerstag, den 23.: „Das vierte Gebot“ (Gastspiel Droll); Freitag, den 24.: „Der Barbier von Bagdad“; Samstag, den 25.: „Die Frau des Lucullus“; Sonntag, den 26.: nachmittags Arbeitervorstellung, Gastspiel Droll, „Das vierte Gebot“, abends „Die Frau des Lucullus“.

Kleine Bühne. Heute, den 22.: „Brand im Opernhaus“; Samstag, den 23.: „Haben Sie nichts zu verkaufen“; Sonntag, den 26.: „Baumau“.



OSRAM NITRA
Das sonnenklare weiße Licht

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummimäntel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel
in unerreicht billigen Preisen!

Amerikanische Dauerbrand-Oefen
Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!
AMERICAN HEATING Aht.-Ges. Prag
Národní 53. Tel. 8428

Turnen und Sport.

Schwimmen. Große Erfolge erfochten die Magdeburger Schwimmer bei ihrem Gastspiel in Amsterdam. Rademacher schwamm die 200 Meter in der phänomenalen Zeit von 2:54, unter Umständen sogar ein neuer Weltrekord. Ueber 100 Meter legte er in 1:28 vor Wöh (1:24). Fröhlich gewann die 100 Meter Rücken in 1:24.6 vor van Genus (1:25.8) und Venede die 100 Meter beliebige in 1:32 vor Dewater (Naag, 1:09.8). Außerdem gewannen die Hellenen beide Staffeln; im Wasserballspiel unterlagen sie knapp 2-3 gegen den veranstaltenden Verein Delphin.

Keine Luxussteuer auf Sportgeräte in Deutschland. Die der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen mittels, sind auf Grund der neuen am 1. Oktober 1922 in Kraft getretenen Ausführungsbestimmungen über die Luxussteuer Turn- und Sportgeräte in weitgehendem Umfange von der Luxussteuer befreit. So sind zum Beispiel alle Gegenstände aus hochwertigen Holzern mit Ausnahme von Möbeln und Musikinstrumenten sowie alle Gegenstände aus Leder mit Ausnahme solcher aus hochwertigem Leder Luxussteuerfrei.

Stand der Wiener Meisterschaft 1. Klasse: Amateure 8 Spiele, 14 Punkte; Rapid 9 Spiele, 13 Punkte; Dertha 8 Spiele, 11 Punkte; Admira 11 Spiele, 11 Punkte; Wader 8 Spiele, 10 Punkte; Vienna 7 Spiele, 8 Punkte; Sportklub 9 Spiele, 8 Punkte; Rudolfsbüchel 9 Spiele, 7 Punkte; Dokaoh 9 Spiele, 7 Punkte; Simmering 9 Spiele, 7 Punkte; WAG, 8 Spiele, 6 Punkte; WAC, 8 Spiele, 6 Punkte; Floridsdorf 8 Spiele, 4 Punkte.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. 1. Vortrag MUC. Reifinger über den Bau und die Muskulatur des menschlichen Körpers findet Donnerstag, den 23. d. M., halb 8 Uhr abends, in der Realschule Nikolberggasse (Nähe Ferdinandstraße) nicht Heinrichgasse statt. Gäste willkommen. — Sonntag, den 26. November, Ganztag entfällt. Samstag: Nach Radotin, Abf. 14.15 Wilsonbahnhof. Nachmittag: Arbeitervorstellung. 1209

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag.**
Graben 25, Kl. Baum.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.



MEINE MUTTI SAGT: bringe aber nur
TEE
MARKE TEEKANNEN
weil er voller Duft, Feinheit und Ergiebigkeit ist und ich denke, weil ich durch ihn so viele Seidenbilder für meine Handarbeiten zu dem Preis aus schreiben erhalte.
Bitte beachten Sie das Preis aus schreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!